11. Oktober 1912.

Bekanntmachung.
[Di]e Stelle des
Hafendirektors
[am] hiesigen Stadthafen ist neu [zu besetz]en. 7265
[B]ewerber, welche mit den Verhält[nisse]n des See- und Binnenschiffahrt[sverkeh]res völlig vertraut sind u. möglichst schon praktische Erfahrung im [Betr]iebe von Binnenhäfen besitzen, [woll]en ihre Bewerbungsgesuche mit [Geha]ltsansprüchen bis zum 1. No[vem]ber d. Js. bei uns einreichen.
[M]ünster i. W., den 28. Sept. 1912.
Der Magistrat.

Verding.
[De]r Abbruch der Häuser [Mor]itzinstraße Nr. 18 und [...]straße Nr. 9 soll gemäß den [beim] Stadt-Bauamt Zimmer Nr. 49 [gege]n Zahlung von 0,20 Mk. erhält[liche]n Bedingungen vergeben werden. [Ang]ebote sind daselbst einzureichen [bis] Montag, den 14. d. Mts., [vorm]ittags 11 Uhr. 7269
[M]ünster, den 10. Oktober 1912.
Der Magistrat.

[N]ur 1 Mark das Los!
[der b]eliebten Strassburger Lotterie.
[Zie]hung 16. November.
Gesamtw. d. Gew.
[4]0000 M.
Hauptgew.
[1]0000 M.
14 Gew.
13300 M.
1385 Gew.
16700 M.
[Lo]se à 1 M. 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 25 Pf.
[em]pfiehlt Lott.-Unternehmer
J. Stürmer
[St]rassburg i. E., Langstr. 107.

Die Fabrik
[f]euerfester Pr[odukte]
[R]udolf König zu Annen [...]
[...]rt feuerfeste Steine zu allen Feuerungsanlagen.

[I]n 14 Tagen
[wa]ren meine Flechten durch Ge[bra]uch von Obermeyer's Medi[zin]al Herba-Seife verschwunden, [schr]eibt Herr Richard Höfner [in] Rinteln. Viele tausende andere [Zeu]gnisse bestätigen das. Des[halb] man beim Einkauf aus[drück]lich nur Obermeyer's Medizinal [Her]ba-Seife verlange. 7328
Medizinal Herba-Seife à Stück [50] Pfg., 30% stärkeres Präp. M. 1, [zu h]aben i. a. Apoth., Drog., Parfüm.

[...] Ohne Zögern schreiben Sie eine Karte, [zur Üb]ernahme der Zigarrenagentur. Hohe [Pr]ovision, ev. ℳ 165 Vgtg. pr. M. [W]ilh. Volckmann, Hamburg. 7338

Gesucht nach England [...]ches 7353
Kinderfräulein,
[...]s unter englischer Kinderfrau [zur P]flege von 3 Kindern übernimmt, [...]t welchen es deutsch sprechen soll. [Ge]halt 360—400 Mark. Zeugnisse [ein]zusenden an:
Mrs. Clifton, Lytham Hall, Lytham, Lancs. England.

Pensionat
[de]r Schwestern vom armen Kinde Jesu
[Neu-]Moresnet (bei Aachen)
Gesunde Lage. — Gewissenhafte [Kö]rperpflege. — Gründlicher Unter[rich]t in allen Fächern der preußischen [hö]heren Mädchenschule. — Beson[de]rer Kursus zur Erlernung des [H]aushalts. 8471
Anfragen und Prospekte zu [...]ren an die Vorsteherin der Anstalt [P]ost Preußisch-Moresnet.

Töchtertausch.
Suche für meine Tochter, [...] [Semin]ars-Studentin, Aufnahme bei [b]ürgerl. kath. Familie Münsters [im W]echsel mit Angehörig. dieser. [R]eferenz. P. Janssen, [A]llee 9, Aachen. 7334



Theater-Textbücher
[fü]r Dilettanten-Vereine (auch weibliche Vereine).
Couplets, Duette u[sw.]
Auswahlsendung gratis.
W. Bleeker
Münster i. W.,
[A]lter Steinweg 8 (Eing. Kirchherrengasse)
Fernruf 1156.

Habe mich in Münster [als]
Zahnarzt
[n]iedergelassen. 7332
Sprechstunden von 9 bis 1 u. [...] Uhr.
H. Austrup,
prakt. Zahnarzt,
Nordstraße 1 part. Telephon [...]
Nähe Kreuzschanze.

Stadt-Theater.
Freitag, den 11. Oktober, 8 [Uhr]
Madame Butterfly.
Von Giacomo Puccini
— Große Preise.
Samstag, den 12. Oktober, 8 [Uhr]
Flachsmann als Erzieher
Komödie von Otto Ernst
— Gewöhnliche Preise.
7356

Samstag, 12. Oktober.

[D]er Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.
[B]eilagen: Illustrierte Unterhaltungs-Beilage (wöchentlich), Verlosungsliste von Wertpapieren (3 mal monatlich).
[Re]daktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
[Ge]schäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
[V]erlag u. Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
[P]robenummern: Achttägiger Probeversand des Westfälischen Merkur gratis und franko. Bestellungen mit deutlicher Adressenangabe wolle man richten an die Geschäftsstelle, Königstraße 59.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
[Fernspr.] Redaktion Nr. 203, Geschäftsstelle Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. Morgen-Ausgabe. 91. Jahrgang.

1912. — Nr. 519.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 3,00; auswärts bei allen deutschen Postämtern ℳ 3,50.
Zweimonatlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 2,00; auswärts durch die Post (jedoch nur für die beiden letzten Monate eines Quartals) ℳ 2,34.
Einmonatlich: In Münster ℳ 1,00; auswärts durch die Post (für jeden einzelnen Monat des Quartals zulässig) ℳ 1,17.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, an den Bahnhöfen ꝛc. à Exemplar 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklamezeile 75 ₰.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

☛ **Hierzu die ‚Illustrierte Unterhaltungs-Beilage'.**

∞ Die Regierung und der Bund der Landwirte

[S]ind in eine heftige Preßfehde geraten wegen der Teuerungsmaßregeln. Das ist sehr bedauerlich. Den Agitatoren auf der Linken, welche die Teuerung zugleich gegen die Landwirtschaft, gegen die Regierung und gegen die Schutzzollparteien hetzerisch ausbeuten, sollte man eine solche Freude nicht machen. Wie schon telegraphisch berichtet ist, hat die Regierung in der „Nordd. Allg. Ztg." Stellung genommen zu einer Erklärung des Bundes der Landwirte in der „Deutschen Tageszeitung", die einen scharfen Protest gegen die Regierungsmaßnahmen darstellte. Die Erklärung war von dem engeren Vorstand des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim und Dr. Roesike als Vorsitzenden, sowie von Dr. Diederich Hahn als Direktor unterzeichnet.

Sie greift auf frühere Erklärungen der Regierung zurück, welche sich gegen ein Aufhebung oder Suspension der Zölle, sowie gegen eine Oeffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch aussprechen, und behauptet, daß die deutsche Landwirtschaft inzwischen die ihr zufallende Aufgabe der Versorgung des deutschen Volkes mit Fleisch erfüllt habe, während die dauernde Steigerung der Fleischpreise nur dem Zwischen handel zuzuschreiben sei. Hier hätte die Regierung eingreifen müssen, um den Klagen der Fleischverbraucher wirksame Abhilfe zu schaffen, während sie dem Geschrei d. landwirtschaftfeindlichen Demokratie mit ihren Maßnahmen nachgegeben habe. Diese würden freilich nicht eine Minderung der Fleischpreise herbeiführen — und der Zwischenhandel werde schon dafür sorgen, daß eine solche nicht eintrete —, wohl aber eine schwere Schädigung der deutschen Landwirtschaft zur Folge haben, und damit eine verhängnisvolle Minderung des Vertrauens der deutschen Landwirtschaft zur Königlichen Staatsregierung. So sei zur Freude des Berliner Tageblattes die erste große Bresche in den Zollschutz für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gelegt, die Gefahr der Seuchenverschleppung vermehrt. Man könne die innere Kolonisation und Kultur der Oedländereien nicht durchführen, wenn man die Vorbedingungen beider beseitige. Die deutsche Landwirtschaft müsse sich angesichts der Maßnahmen der Regierung die tatsächliche Lage ohne Illusionen klar machen: „Wir weichen politisch Schritt für Schritt vor der Demokratie zurück; wir befinden uns wirtschaftlich auf dem Wege zur zweiten Aera Caprivi mit dem einzigen Unterschiede, daß man in der ersten den Landwirten wenigstens schroff den Rat gab, abzuschreiben, während man jetzt mit wohlwollenden Worten die deutsche Landwirtschaft zu begütigen sucht. Es ist nicht die Art deutscher Landwirte, kampflos zu verzagen. Auch jetzt werden sie alles daran setzen, um in angespannter, rastloser Arbeit das Aeußerste zu leisten. Aber wenn wiederum mit der Schwenkung in unserer Wirtschaftspolitik neue Jahre schweren Kampfes und schwerer wirtschaftlicher Verluste uns aufzuerlegen versucht wird, so ist es die Pflicht der Landwirte, im Interesse der Gesamtheit sich mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen zu wehren." Zum Schlusse heißt es: „Noch lassen wir die Hoffnung nicht sinken, daß die deutsche Landwirtschaft in diesem Kampfe schließlich siegt. Denn nur auf ihrer gesicherten Existenz und auf der von ihr vertretenen Weltanschauung beruht die Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes."

Wenn man die Erklärung des engeren Vorstandes des Bundes d. Landw. beurteilen will, so muß man zunächst zu deren Gunsten die „Wahrnehmung berechtigter Interessen" anerkennen. Wo der Vorstand die Interessen der Landwirtschaft gefährdet erachtet, war er zur Abwehr berufen und verpflichtet. Aber er hat leider die Grenzen der sachlichen Abwehr überschritten und nicht allein zu Uebertreibungen, sondern zu Angriffen auf den guten Willen der Regierung und auf deren Unabhängigkeit sich hinreißen lassen. Nun setzt die Regierung auf diesen Klotz einen halbamtlichen Keil, der sich in der Frage zuspitzt: „Darf sich noch über „hetzerische Agitation" seiner Gegner beklagen, wer mit solchen Insinuationen arbeitet?" Am meisten wird die Regierung sich entrüstet haben über die „Insinuation", daß sie den Interessenten an der argentinischen Fleischeinfuhr entgegenkommen wollte und „hierdruch den Glauben hervorruft, daß sie tatsächlich den Standpunkt dieser Kreise vertritt und fördert". Das ist allerdings ein sehr verletzender „Ton". Doch hätte gerade bei der Zurückweisung dieser Verdächtigung die Regierung einen trockenen Ton beibehalten können. Denn ihre durchschlagende Wirkung liegt ja in der Tatsache, daß sie trotz allem Drängen von linksliberalen Politikern und von unternehmungslustigen Händlern den § 12 des Fleischbeschaugesetzes aufrechterhalten, also die erstrebte Einfuhr von argentinischem Rindfleisch nach wie vor ausgeschlossen hat.

Bei gewissenhafter Ueberlegung werden auch die Herren vom Bunde der Landwirte nicht leugnen können, daß in der Aufrechterhaltung des § 12 ein Beweis der Widerstandskraft der Regierung gegen die Agitation und die Spekulation vorliegt. Das muß man anerkennen, wenn man auch mit den positiven Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden ist. So lange die Masseneinfuhr von exotischem Rindfleisch ausgeschlossen ist, kann die Landwirtschaft die Wirkung der beschlossenen kleinen Maßnahmen ohne Aufregung abwarten. Das ist alles zeitlich, sachlich und örtlich so vorsichtig begrenzt, daß weder ein schwerer Preissturz, noch eine Erschütterung unserer Schutzzollpolitik ernstlich zu befürchten ist.

Sachlich berechtigt ist die Bemerkung des Vorstandes des Bundes, daß die Vermittelung zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher des Fleisches fehlerhaft organisiert sei. Aber die Erklärung schießt wieder über das Ziel, wenn sie der Regierung zum Vorwurf machen will, daß die Reform des Zwischenhandels nicht als erste und entscheidende Notstandsmaßregel ergriffen worden sei. Die Regierung kann demgegenüber mit Recht sagen, daß auch der Bund der Landwirte noch kein Besserungsprogramm für dieses schwierige Gebiet vorbringe, und daß sie selbst in ihren Teuerungsmaßnahmen eine gewisse Reform des Zwischenhandels angebahnt habe durch die Heranziehung der Städte behufs einer zweckmäßigen Vermittelung zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern des Fleisches. In diesem vorläufigen Notbehelf stecken in der Tat Keime, die bei richtiger Pflege und vorsichtiger Ausgestaltung zu einer Reform des Vieh- und Fleischhandels führen können, und zwar ohne Beeinträchtigung des soliden Fleischergewerbes.

Das ist eine hochwichtige und dringliche Aufgabe; ihre gute Lösung erfordert aber viel Arbeit und viel Zeit. Ebenso verhält es sich mit der andern großen Aufgabe, deren gewaltige Bedeutung die Regierung sofort hervorgehoben hatte, nämlich die systematische Vermehrung des Viehbestandes, der viehhaltenden Bauernwirtschaften und des geeigneten Bodens. Wer an diesen großen Aufgaben mitarbeiten will, der sollte die augenblicklich schwebenden Notstandsmaßregeln mit Gelassenheit betrachten und sich sorgfältig davor hüten, aus diesen vorübergehenden Kleinigkeiten einen Zankapfel zu machen, der das künftige Zusammenwirken für dauernde und durchschlagende Reformen zu erschweren droht.

Deutschland.

Berlin, 11. Okt.

In der Fleischteuerungskonferenz im Ministerium des Innern, an der neben den Oberbürgermeistern auch die Minister von Schorlemer und Dallwitz teilnahmen, ist es, wie die „Frankf. Ztg." berichtet, zu recht bemerkenswerten Auseinandersetzungen gekommen. Der Landwirtschaftsminister von Schorlemer erklärte: „Ich stehe und falle mit § 12 des Fleischbeschaugesetzes; die Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch ist wegen der Konkurrenz für die deutsche Landwirtschaft nicht angängig." Oberbürgermeister Wermuth trat mit großem Nachdruck dem Versuche entgegen, die Städte für die Teuerung verantwortlich zu machen. Als der Beschluß protokolliert wurde, daß die Städte bereit seien, die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen durchzuführen, beantragte er den Zusatz: „Obgleich die Städte von der Wirkungslosigkeit überzeugt sind."

B. **Die Behandlung des rosaroten Stichwahlabkommens** auf dem Fortschrittlichen Parteitag hat der sozialdemokratischen Presse sehr gut gefallen. Sie hatte nicht erwartet, daß gerade in diesem Punkte im Fortschrittslager Einmütigkeit werde erzielt werden können, noch weniger, daß darüber hinaus sogar Zusicherungen für die Zukunft an die Sozialdemokratie gemacht werden dürfen. Die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht" (No. 237) meint, daß nunmehr einer der Gründe, die bisher gegen die Stimmenabgabe für die Fortschrittler vorgebracht wurden, beseitigt sei, nämlich die Befürchtung, daß die freisinnigen Wähler nicht durchweg zu bewegen seien, sozialdemokratisch zu stimmen. Und das sei für die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen von eingreifender Bedeutung. Ausgeschlossen sei allerdings, daß eine Unterstützung der Liberalen durch die Sozialdemokratie ohne jede Gegenleistung erfolgen könne. So wird also jedenfalls demnächst der Kuhhandel zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten seinen Anfang nehmen, bemerkt hierzu die „Kreuzzeitung" (No. 474). Der Mannheimer Parteitag hat seinem geschäftsführenden Ausschusse in bezug auf Wahlabmachungen mit der Sozialdemokratie freie Hand gelassen. Die roten 6 im preußischen Abgeordnetenhause werden wohl also mit Sicherheit auf einen nicht unerheblichen Zuwachs durch fortschrittlichen Mandatsschacher und Mandatsverrat rechnen können.

⊡ **Der Balkankrieg und der „Vorwärts".** Zum Balkankrieg muß natürlich auch das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" seinen Senf geben. Es bläht sich dabei mächtig auf. „Der Schutz des Friedens liegt einzig und allein beim Proletariat. In seine Hand ist die Bewahrung des Weltfriedens gegeben. Von der Stärke und dem Umfang seiner Aktionen wird es abhängen, ob der Krieg, der jetzt im Osten Europas geführt wird, auf den Westen übergreift" Als Organ des internationalen Proletariats schreibt der „Vorwärts" der deutschen — warum bloß der deutschen? — Regierung ihre Haltung vor:

„Der Krieg um das Erbe der Türkei ist nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert. Und was immer seine Folgen sein mögen, wir fordern von der deutschen Regierung eine Politik der Nichteinmischung, der striktesten Neutralität und der Wahrung des Friedens.

Und wenn wirklich die europäischen Regierungen die Völker in den kriegerischen Strudel hinabstoßen, dann ist es nicht nur der Kampf um das Erbe der Türkei, der am 8. Oktober 1912 begonnen hat."

Die deutsche Regierung soll den Weltfrieden wahren und sie soll gleichwohl den Grundsatz der Nichteinmischung befolgen! Sie soll also den Frieden schützen und gleichzeitig den Krieg heraufziehen lassen. „Was immer die Folgen des Krieges sein mögen", sie soll neutral bleiben! Die deutschen Interessen sind also im Falle des Weltkrieges gleichgültig. Das ist Internationalität unter Ausscheidung Deutschlands. Und wie der „Vorwärts" der Regierung die tollsten faktischen und logischen Widersprüche zumutet, so verbricht er selbst gleich arge Widersprüche im Namen des internationalen Proletariats: er verlangt den Weltfrieden und schwelgt zugleich in der Erwartung, daß der Weltkrieg die Sozialdemokratie ein tüchtiges Stück vorwärts bringen werde. Denn darauf deutet doch die verschwommene Schlußphrase offenbar hin. Das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" und vermeintliche Organ des „internationalen Proletariats" hat zwar Courage, aber um so böser ist es mit dem Intellekt bestellt.

§ **Der Kampf um Hildebrand.** Der bekannte überradikale Genosse Franz Mehring übt in der revisionistischen „Chemnitzer Volksstimme" ziemlich scharfe Kritik an der Ausschließung des früheren Genossen Hildebrand aus der sozialdemokr. Partei. Er meint, der Parteitag habe nicht zur Ausschließung schreiten dürfen, da ja Marx und Engels seinerzeit auch Liebknecht und Lassalle nicht ausgeschlossen hätten. Daß sich Genosse Mehring an die „Chemnitzer Volksstimme" wendet, erklärt er damit, daß ihm „Die neue Zeit", deren Herausgeber Kautsky ist, wo er sich so viele Jahre lang über Parteifragen habe äußern dürfen, verschlossen sei. Kautsky erklärt dem gegenüber im „Vorwärts" (Nr. 337), daß die Redaktion „Der neuen Zeit" nie irgend einen Beitrag Mehrings abgelehnt habe, daß dieser selbst vielmehr den Parteivorstand ersucht habe, ihn von der Verpflichtung zur regelmäßigen Lieferung von Aufsätzen für „Die neue Zeit" zu entbinden, daß der Parteivorstand diesem Ersuchen entsprochen habe und daß Mehring trotzdem nach wie vor das gleiche Jahresgehalt beziehe das er früher bezogen habe. Jetzt dürften sich die beiden Genossen Mehring und Kautsky einander tüchtig in die Haare geraten.

✠ **Als Versucher des Hansabundes** läßt sich das „Berl. Tageblatt" (No 517) vernehmen: Dem armen Hansabund war in der agrarischen Presse vorgeworfen worden, er habe einige Tausend Exemplare seines Plakats über die Bedeutung von Gewerbe, Handel und Industrie der Sozialdemokratie überlassen, und diese Plakate seien dann in den sozialdemokratischen Gastwirtschaften aufgehängt worden. Der Hansabund beteuert demgegenüber, er habe niemals der Sozialdemokratie derartige Plakate zur Verfügung gestellt, noch dieserhalb mit der Sozialdemokratie schriftlich oder mündlich verhandlelt. Den Mißmut und die Depression des Hansabundes glaubt das „Berliner Tageblatt" ausnützen zu müssen und tritt als Versucher an ihn heran, indem es schreibt: „Wenn der Hansabund aus diesen hartnäckig wiederkehrenden „Verleumdungen", wie er es nennt, eine Lehre ziehen will, so kann es doch nur die sein: daß man gegen die verhetzende Arbeit der Agrardemagogie die Bundesgenossen nehmen muß, wo man sie haben kann. Nur keine falsche Sentimentalität!" Das fortschrittliche Blatt versucht, dem Hansabund die „Rotscheu" zu vertreiben; es wäre auch ein gar zu nettes Trio: Fortschritt und Hansabund mit der Sozialdemokratie in ihrer Mitte.

Das „Jesuitenpamphlet" gegen den Deutschen Kaiser, auf das die „Tägl. Rundschau" und die „Rhein.-Westfäl. Zeitung" dieser Tage die erschreckte Menschheit aufmerksam gemacht haben, lautet in den Sätzen, die der Anklage zugrunde liegen, wie folgt:

Es hat sich noch nie als gut erwiesen, wenn Wilhelm II. zu den Tagesfragen öffentlich Stellung nimmt, ein Mann, der viel zu vielseitig ist oder wenigstens zu sein glaubt, als daß er auf dem Gebiete der eigentlichen Herrschertätigkeit ein berufener Führer sein könnte. Niemals hat er sich mit der einfachsten Tatsache abzufinden vermocht, daß in unseren Tagen ein Herrscher um so einflußreicher wirkt, je verschwiegener seine Tätigkeit sich hinter den Kulissen abspielt. Die Beispiele anderer Herrscher haben ihn nicht zu locken vermocht, er lebt noch immer in dem Bewußtsein einer Machtvollkommenheit, die tatsächlich den Händen eines Herrschers längst entglitten ist, die nicht einmal der Zar mehr zu behaupten vermag und die den Mandschukaisern ihren Thron gekostet hat.

Nun ist auch der gefährliche Jesuit entdeckt, der diese Sätze geschrieben hat. Wie die „Köln. Volksztg." hervorhebt, braucht die „Tägl. Rundschau" gar nicht weit zu gehen, um den Missetäter kennen zu lernen, nämlich nur von der Zimmerstraße in Berlin, wo sie selbst zu Hause ist, bis zu der benachbarten Friedrichstraße, wo das Kleine Journal domiziliert, das ihr wohl noch besser als uns bekannt ist als ein gut — asphalt-liberales Blatt. In diesem Blatte haben die inkriminierten Sätze am 17. Mai dieses Jahres gestanden. Der Korrespondent der „Civilta Cattolica" erwähn sie ohne eigenen Kommentar. Da dieser Korrespondent, wie der „K. Vztg." mehrfach bestätigt wird, kein Jesuit (und auch sonst kein Ordensmann oder Geistlicher) ist, so bleibt, da es nun einmal durchaus ein Jesuit gewesen sein muß, der das „Jesuitenpamphlet" verbrach, nur die Annahme übrig, daß das freisinnige „Kleine Journal" von einem Jesuiten oder „Affiliierten" des Jesuitenordens redigiert wird. Mit der Hervorziehung dieser dunklen Tatsache ans helle Sonnenlicht hoffen wir dem Ev[angeli]schen Bunde und seinen journalistischen Schildknappen [ein]en wesentlichen Dienst erwiesen zu haben. Weiter bringt die „Köln. Volksztg." zugunsten der „Civilta Cattolica" ein direktes Zeugnis aus der jüngsten Zeit. Anläßlich der Zusammenkunft des Kaisers mit dem König von Italien am 25. März 1912 schrieb die „Civilta Cattolica" in ihrer Ausgabe vom 6. April, Seite 123:

Der Kaiser traf in Venedig am 24. ein. Er wurde mit all den Ehren empfangen, die ihm gebühren wegen seiner Stellung in der Welt und in den Beziehungen zu Italien, wie wegen der hervorragenden Gaben, die ihn zu einem Manne machen, der überall bewundert ist und bei uns auch hoher Sympathie und Zuneigung sich erfreut.

Das genannte Blatt bemerkt noch, daß der Aufsatz, dem diese Sätze entnommen sind, nicht eine eingesandte Korrespondenz, sondern eine Redaktionsarbeit der „Civilta" ist.

Zum nächsten Katholikentag sind bereits die ersten vorbereitenden Schritte gemacht worden. Die „Lothringer Volksstimme" schreibt: Auf Einladung des hochwürdigsten Herrn Bischofs Benzler fanden sich etwa 25 Herren im Bischöflichen Palais ein, um dort die ersten Vorbereitungen zu dem nächstjährigen in Metz abzuhaltenden Katholikentag zu treffen. Es wurde zunächst ein provisorisches Komitee gewählt, bestehend aus den Herren Prof. Kintzinger, Dr. med. Ernst und Regierungsrat Federspiel. Ihnen wurden vier weitere Herren als Beiräte zugesellt. Die gewählten Herren werden die weiteren Schritte tun um die endgültige Konstituierung des Lokalkomitees zur Durchführung zu bringen. Damit ist der Anfang zu dem großen Werke gemacht; es ist Sache aller Katholiken von Metz und Umgebung, ja von ganz Lothringen, nach besten Kräften dafür Sorge zu tragen, daß der Metzer Katholikentag sich seinen Vorgängern, und besonders dem von Straßburg, würdig anschließe. Möge Gottes Segen den weiteren Fortgang der Arbeiten begleiten, damit alles zum guten Ende geführt werde.

✲ **Zahlreiche Proteste** gegen die Verleumdung in der „Kreuzztg.", „daß unter den gebildeten Katholiken, namentlich auch unter den Geistlichen, die die Jesuitenfrage beurteilen können, gar manche aus praktischen Gründen die Jesuiten lieber im Auslande wirken sehen möchten als in dem konfessionell gemischten Deutschen Reiche" gehen der „Germania" fortgesetzt von einer großen Zahl von einzelnen und von den auf Dekanatskonferenzen versammelten Geistlichen zu. Unter anderem sagen die Geistlichen des Dekanats Hanau in ihrem Proteste, die Konferenz empfinde die Behauptung der „Kreuzzeitung" als eine Beleidigung des Klerus und fühle sich dadurch umso tiefer gekränkt, als der katholische Klerus stets gerne Schulter an Schulter mit allen evangelischen Männern, die gleich uns, stets treu zu Thron und Altar stehen, für die Interessen des gemeinsamen Vaterlandes eingetreten ist.

Finanzfragen der großen Städte.

Düsseldorf, 10. Okt. Im Anschluß an den Preußischen Städtetag tagen hier die Finanzdezernenten der größeren Städte Deutsch-

* Unpolitische Zeitläufe.

(Nachdruck verboten.) Berlin, 10. Okt.

Nachts erfrieren den armen Winzern die letzten Trauben, tagsüber scheint die schönste Herbstsonne auf Gerechte und Ungerechte. Das Jahr 1912 scheint bis zu seinem Abgang mit unangenehmen Ueberraschungen zu arbeiten, als ob es der Menschheit klar machen wollte, daß sie trotz aller vielgepriesenen Kulturfortschritte vom Wetter abhängig bleibt. Und zu den Wetterlaunen kommen nun noch die Menschenlaunen, die oft noch schlimmeres Unheil bringen. Europa seufzt unter der Teuerung; aber Millionen von Balkanbauern, die sehr gut Hammel, Schweine und sonstige Nahrungsmittel züchten und liefern könnten, lassen jetzt die einträgliche Wirtschaft linksliegen und stürzen sich in das unrentable Kriegshandwerk. Warum und wozu? Darüber zerbrechen sie sich nicht lange den Kopf. Türkenhaß und Größenwahn haben die Leidenschaften erregt; die Großmächte, die Ruhe stiften wollten, stehen da wie ein Aufseher dem die randalierenden Buben die Eingangstür von innen verrammelt haben; die Bengel hauen sich auf Gegenseitigkeit, wenn sie auch wissen, daß nichts wie blaue Köpfe und zerrissene Kleider dabei herauskommen kann. Unterdessen warten wir vergebens auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln aus jenen interessanten Gegenden, die uns die Regierung neuerdings eröffnen wollte. Die rauflustigen Staaten halten vielmehr ihre Hand auf, um von demselben Europa, dem sie auf den Zehen tanzen, Geld für ihren Kriegssport zu „leihen". Wenn die Zeiten schlecht sind, so sollten die Menschen sich doch nicht so krampfhaft bestreben, sie noch schlechter zu machen.

Teuerung und Krieg haben wir nun schon. Jetzt fehlt nur der Ausbruch einer Seuche. Dann wären die drei großen Uebel beisammen, um deren Abwehr wir in der Litanei bitten: Von Pest, Hungersnot und Krieg, erlöse uns, o Herr!

Es scheint fast, als ob die Vorsehung ihre Zuchtrute spielen läßt, um die Menschheit von dem Uebermut zu kurieren. In der Tat war das Selbstbewußtsein der modernen Menschheit etwas stark ins Kraut geschossen. Größenwahn zeigte sich nicht bloß bei den Bulgaren, Serben und ihren Genossen auf dem politischen Gebiet, sondern unter fast allen Kulturvölkern auf den verschiedensten Gebieten. Vor allem in der Ueberhebung über die alte religiöse, sittliche und soziale Ordnung. Ringsumher eine Stimmung, wie vor dem Turmbau zu Babel. „Wir brauchen uns um Himmel und Hölle nicht mehr zu kümmern. Wir können uns selbst den Himmel auf Erden schaffen: den Himmel der Aufklärung die den alten Glauben hinwegfegt, und den Himmel des Zukunftsstaates, der allen Leuten ein Leben mit wenig Arbeit und viel Genuß verbürgt!" Die moderne Welt glaubt auch ohne Gottes Segen und ohne Gottes Gebot ihr Glück mit eigener Kulturhand schmieden zu können. Aber — wo bleiben die Früchte? Der Reif fällt in der phantastischen Frühlingsnacht, der Blitz fährt in die Luftschlösser. Die krampfhafte Anspannung der menschlichen Vernunft vermag nicht eine vernünftige Ordnung auf Erden zu schaffen. Zu dem Unglück, das uns höhere Mächte bescheren, kommt der Unfug, den menschliche Torheiten und Leidenschaften anrichten. Die Erde ist und bleibt trotz aller vielgepriesenen Kulturfortschritte ein Jammertal. Im Grunde genommen sind wir Nachkommen Adams auch im zwanzigsten Jahrhundert unserer Zeitrechnung noch eine Schar von unreifen Kindern, die einen großen Mund haben und zu tollen Streichen aufgelegt sind, aber im Ernstfall sich nicht zu helfen wissen. Es geht der Menschheit wie Petrus, als er auf den Wellen wanderte. Auf dem schwankenden Grunde fühlte er bald seine Ohnmacht und rief: Herr, hilf mir, denn ich sinke!

Der Uebermut wird gedämpft. Aber den Mut dürfen wir nicht verlieren. Die rechte Grenze ist leicht zu ziehen, wenigstens für einen braven Christenmenschen. Er verläßt sich nicht auf den Turmbau von Babel, aber — hält es mit der Jakobsleiter des Gottvertrauens. Die christliche Weltanschauung erklärt ihm das Schicksalsrätsel, so daß er unter den unangenehmen Ueberraschungen nicht zusammenbricht. Sie bewahrt ihn auch vor der Teilnahme an den menschlichen Ausschreitungen, die das Uebel am Ende noch schlimmer machen. Und der Hinblick auf die Vorsehung, die dem Guten alles schließlich zum Guten lenken wird, gibt ihm Mut und Kraft, daß er auch in schlimmen Heimsuchungen den Kopf oben und die Hände an der Arbeit hält.

Arbeiten, sorgen und streben in tüchtiger Selbsthilfe — das ist das wichtigste Heil- und Hilfsmittel in schlechten Zeiten. Gewiß soll jeder brave Bürger auch das Seinige tun, um den Staat, die Gemeinde, die Genossenschaften, die Vereine usw. zu zweckmäßigem Vorgehen gegen die Uebel und Gefahren zu veranlassen. Aber schlecht beraten ist derjenige, der nur von anderer Seite die Hilfe erwartet und sich von den Marktschreiern in unfruchtbare Unzufriedenheit hineinhetzen läßt. Während man auf die Hilfe von außen wartet, muß man drinnen, im eigenen Geschäfts- und Hausbetriebe, für sich und die Seinigen zu retten suchen, was zu retten ist, und zu mildern suchen, was an Druck und Not beschert wird.

Vor einigen Wochen sagte ich an dieser Stelle: die Hausfrauen müßten vor die Front! In sozialdemokratischen Blättern, wo die Teuerung als ein prächtiges Hetzmittel betrachtet wird, hat man darüber gespottet und geschimpft. Aber wahr ist es doch, und je schlechter die Zeiten werden, desto wahrer ist es: eine tüchtige Hausfrau, die die Wirtschaft und besonders das Kochen versteht, ist in diesen Zeitläufen ein Schutz- und Rettungsengel für ihre Familie. Wenn alle Frauen wirklich tüchtige Haus- und Küchenverwalterinnen wären, so würden wir über die Heimsuchungen verhältnismäßig leicht und ohne schweren Schaden hinwegkommen. Es gehört auch zu den modernen Verirrungen daß die Ausbildung des weiblichen Nachwuchses zu einem außerhäuslichen Beruf zu stark und zu einseitig betont und gepflegt, dagegen die hauswirtschaftliche Tätigkeit in den Hintergrund geschoben und die Ausbildung dazu vielfach vernachlässigt wurde. Die schlechten Zeiten wirken auch in dieser Hinsicht erzieherisch. Es ist falsch, die Frauen durchaus mit den Männern gleich machen zu wollen. Für den Wert und die Würde der Frau ist nichts vorteilhafter, als wenn sie gerade das mit Lust und Eifer pflegt, worin sie dem Mann überlegen ist, und das ist die vernünftige und gemütliche Hauswirtschaft. Es lebe die tüchtige Familienmutter, die in schlechten Zeiten eine wahre Retterin des Volkswohles ist!

Und der Mann, was soll er tun, um der Familie die Ueberwindung der schlimmen Monate zu erleichtern? Hoffentlich war er bisher fleißig; aber vielleicht kann er noch fleißiger werden. Wohl dem, der seine Einkünfte noch etwas steigern kann! Wenn das nicht geht, so bleibt nichts anderes übrig, als die Luxusausgaben zu beschränken, um so den Mehrbedarf für die notwendigen Ausgaben zu decken. Das muß einem verständigen Mann als eine Ehren- und Gewissenspflicht erscheinen, wenn es ihm auch vielleicht schwer fällt, auf seinen geliebten Tabak, seine gewohnten Getränke, seinen gemütlichen Stammtisch, seinen Kegelklub usw. ganz oder teilweise zu verzichten. Es gibt wenig Männer, die nicht ihren Aufwand noch etwas einschränken könnten. Wenn die Zeiten besser werden, kann man ja zu den alten Liebhabereien zurückkehren. Inzwischen ist es schon ein erquickender Trost, wenn der Mann sieht, daß die Groschen, die er sich abgespart hat, den Seinigen so schön zugute kommen in der Erhaltung des schmackhaften Familientisches und der ganzen behaglichen Hausordnung. Frau und Kindern über die schlechten Zeiten sanft hinwegzuhelfen, das ist doch auch ein Genuß, der noch besser schmeckt als eine Zigarre und ein Glas Bier.

Schimpfen hilft nicht, und Verzagen macht das Unheil erst recht groß. Festes Gottvertrauen und vernünftige Selbsthilfe — das sind die alten bewährten Mittel, mit denen man sich durch die unvermeidlichen Nöte der Erdenwelt am besten durchschlägt. Nicht in Babel, sondern in der Bibel wurzelt die beste Lebensweisheit.

Generalversammlung der Görresgesellschaft.

VI.

ↀ **Freiburg**, 10. Oktober.

Zu dem Festmahl im Zähringer Hof, das auf gestern abend anberaumt war, hatten sich etwa 140 Herren eingefunden. In der Mitte der Ehrentafel nahm Se. Exzellenz Freiherr **v. Hertling** Platz. Auf Papst, Kaiser und Großherzog von Baden brachte Se. Exzellenz der hochwürdigste Herr Erzbischof Dr. Thomas **Nörber** einen Toast aus. Generalleutnant Exzellenz **v. Wächter** toastete auf die Görresgesellschaft und ihren Präsidenten Se. Exzellenz Freiherr v. Hertling, Geh. Rat Prof. Dr. **Grauert** auf die Stadtverwaltung, die Universität und die Bevölkerung Freiburgs. Als zweiter Vorsitzender der Görresgesellschaft dankte Herr Geh. Rat Grauert nochmals Universität, Stadtverwaltung und Lokalkomitee für ihr freundliches Entgegenkommen und ihre Arbeit. Herr Geheimrat Prof. Dr. **Finke** knüpfte an einige geschichtliche Mitteilungen ein Wort des Dankes an alle, welche zum Gelingen der Tagung beigetragen haben. Herr Pater **Wasmann** S. J. wünscht, daß sich die Inferiorität, von der protestantischerseits gesprochen wurde, recht bald durch das rastlose Schaffen der Görresgesellschaft in Superiorität verwandeln möge. Die Tischgesellschaft blieb noch einige Zeit in angenehmster Unterhaltung, die durch Musikvorträge der Freiburger Infanteriekapelle gewürzt wurde.

Im großen Saale des katholischen Vereinshauses hielt Herr Professor Dr. **Sauer**-Freiburg einen Vortrag mit Lichtbildern über „Freiburg in der Kunst".

Heute morgen um 7 Uhr fuhren die Teilnehmer an der Generalversammlung nach Breisach zur Besichtigung des Münsters, das mit seinem spätgotischen Hochaltar und seinem kostbaren silbernen Reliquienschrein eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges bildet. Von Breisach aus ging die Fahrt nach Colmar, wo ebenfalls Münster und Unterlindenkloster (Grünwald- und Schongauer Museum) besichtigt wurde. Im Unterlinden-Museum sprach Privatdozent Dr. **Gramm** über Matthias Grünwald, den deutschen Corregio. Dr. Gramm verbreitete sich über die Persönlichkeit und den Stil des Meisters und ging auf den Entwicklungsgang des Künstlers und die noch erhaltenen Werke ein. Um 2 Uhr nahmen die Teilnehmer im Hotel „Zwei Schlüssel" in Colmar das Abschiedsmahl.

Aus der **historischen Sektion** teilten wir gestern kurz mit, daß Herr Geh. Rat Prof. **Finke** über seine Forschungen **zur Frage: War Bonifaz VIII. ein Häretiker? berichtete.**

lande. Es sind ungefähr 40 Städte vertreten. Die Versammlung wurde durch den heute zum Vorsitzenden gewählten Landrat und Kämmerer Scholz-Charlottenburg eröffnet. Nach einer Begrüßung gedachte er der Tätigkeit des scheidenden früheren Vorsitzenden, jetzigen Oberbürgermeisters Dr. Scholz-Kassel, mit ehrenden Worten. Die im November vorigen Jahres auf den Deutschen Städtetag übergegangene und in dessen Auftrage auch jetzt noch von dem Oberbürgermeister Dr. Scholz-Kassel verwaltete Geldvermittlungsstelle hat sich weiter sehr günstig entwickelt. Seit dem 1. November vorigen Jahres bis zum 30. September d. J. sind an kurzfristigem Geld von 79 Nachfragen im Betrage von 69 Millionen Mark 27 570 000 M gedeckt und von 41 Angeboten im Betrage von 36 340 000 M rund 28 Millionen untergebracht worden; an langfristigen Anleihen sind bei 107 Nachfragen im Betrage von rund 104 Millionen Mark 27 Nachfragen im Betrage von rund 19,2 Mill. Mark gedeckt worden, während über weitere 36 Millionen noch verhandelt wird. Stadtrat Professor Bleicher-Frankfurt a. M. berichtete z. „Köln. Ztg." über Tilgungsfragen städtischer Anleihen. Das Interesse an diesem Thema ist in erster Linie hervorgerufen durch die von den Kommunalaufsichtsbehörden verfolgte Tendenz, den Städten für ihre Anleihen eine stärkere Tilgung vorzuschreiben. Auf den Verhandlungen des Deutschen Städtetages in Posen ist außerdem empfohlen worden, zur Erzielung eines bessern Marktes für Städteanleihen auf einen möglichst einheitlichen Anleihetyp in bezug auf Verzinsung, Rückzahlung bezw. Tilgung und sonstige Anleihebedingungen hinzuwirken. Der Berichterstatter glaubt, daß man dreierlei Typen schaffen müsse: 1. Anleihen für unproduktive Zwecke mit einem einheitlichen Mindesttilgungssatze; 2. Anleihen für werbende Betriebe mit einem Mindesttilgungssatze unter der Voraussetzung, daß die Städte dazu übergehen, regelmäßige Abschreibungen auf ihre Werke nach kaufmännischen Gesichtspunkten vorzunehmen, so daß die Tilgung aus den auf Grund der Erfahrungen festgesetzten Rücklagen in die Abschreibe- bezw. Erneuerungsfonds stattfinden kann und 3. Anleihen für Grunderwerb und verwandte Zwecke, für welche eine regelmäßige Tilgung nicht festgesetzt werden solle, sondern zu bestimmen wäre, daß die Mehreinnahmen nach Ablauf einer längern Periode der Unkündbarkeit zur freien Rückzahlung benützt werden. Der Berichterstatter behandelte an der Hand von Beispielen verschiedene Spezialfragen.

Ueber Anleiheerfahrungen berichteten der Erste Beigeordnete Dr. Adenauer-Köln und Bürgermeister Kleinschmidt-Karlsruhe. Dieser besprach die Verhandlungen, welche zurzeit im Großherzogtum Baden wegen der Genehmigung von Anleihen und der Verwendung von Anleihemitteln zwischen der Regierung und den Städten schweben. Die Regierung hat unter Hinweis auf das Anwachsen der städtischen Schulden eine schärfere Praxis bezüglich der Verwendung und Tilgung in Aussicht gestellt. Die badischen Städte weisen in einer Denkschrift unter Vorlage statistischen Materials nach, daß die Steigerung der Schulden weit übertroffen wird von der Vermehrung der Steuerkapitalien und des kommunalen Vermögens, und daß im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung der städtischen Unternehmungen die bisherige Verwendung von Anleihemitteln nicht zu entbehren ist. Der Erste Beigeordnete Adenauer-Köln berichtete über die Erfahrungen, welche die Stadt Köln bei der Genehmigung ihrer letzten Anleihe von 79 Millionen Mark gemacht hat. Er wies namentlich darauf hin, daß die Stadt Köln durch eine in der Sache nicht begründete Verzögerung der Genehmigung — die Genehmigung ist erst über ein Jahr nach Stellung des Antrags erteilt worden — wegen des inzwischen ungünstig gewordenen Geldmarktes eine erhebliche finanzielle Einbuße erlitt, und hob aus dem an die Stadt Köln ergangenen Ministerialerlaß noch unter anderm heraus die Grundsätze für die Genehmigung von Anleihen für kommunale Hypothekenbanken und die anscheinend grundsätzliche Ablehnung des früher mehreren Städten genehmigten Verfahrens, die Tilgungsquoten der Anleihe zu einem Fonds anzusammeln und zu einer Gesamtkündigung schreiten, wenn dieser Fonds die Höhe des Nennwertes der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erreicht hat. In der Aussprache berichtete Stadtkämmerer Scholz über Erfahrungen Charlottenburgs und über Groß-Berliner Verhältnisse. Auch hier werden strengste Anforderungen von den Aufsichtsbehörden bei Anleiheaufnahmen gestellt. Die Versammlung beschloß, das gesammelte reichhaltige Material dem Vorstand des Deutschen Städtetages zur weitern Bearbeitung einzureichen.

8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

VI.

Dresden, 10. Oktober.

Der heutigen Sitzung wohnten als Gäste bei Se. Exzellenz Graf Vitzthum v. Eckstädt, der Vorsitzende der konservativen Landtagsfraktion, Geh. Hofrat Opitz und Präsident des Landeskonsistoriums Geh. Rat Böhm.

Zunächst wurden die Referate über das **Arbeitsrecht** erstattet. Berichterstatter sind die Herren Referendar **Rühr**-Enniger (Westf.) und Reichstagsabg. **Becker**-Arnsberg. Sie führten aus: Das Interesse für Arbeitsrecht nimmt entsprechend seiner stetig wachsenden Bedeutung in letzter Zeit rapide zu. Wissenschaft und Rechtspraxis, politische Parteien und gemeinnützige Gesellschaften geben sich Mühe, es zu erfassen, zu erforschen und seinen Ausbau vorzubereiten. Die erfreulichste Erscheinung ist aber die, daß in der Arbeiterschaft selbst der Sinn und das Verständnis für ihr Recht stets tiefer eindringt. Das wird die Bewältigung der großen Aufgaben, die auf diesem Gebiete der Zukunft noch vorbehalten sind, in weitem Maße erleichtern.

Im übrigen bewegten sich die Ausführungen der beiden Referenten, die sich gegenseitig ergänzten, in folgenden Gedankengängen:

Das Arbeitsrecht ist das unter heutigen Verhältnissen am meisten angewandte, aber auch unklarste und unübersichtlichste Rechtsgebiet. Die Gesetze sind teils zu alt (stammen sie doch zum Teil aus dem 18. Jahrhundert), teils zu lückenhaft. Sie entbehren in sich vielfach der inneren Harmonie und Klarheit. Das gilt besonders vom gewerblichen Arbeitsrecht. Die Folge dieser Mängel ist geringe Kenntnis des Rechtsstoffes, Erschwerung der Rechtsverfolgung und gesetzesgemäße Rechtsprechung. Ein klares, übersichtliches Arbeitsrecht ist aber schon deswegen notwendig, damit durch seine Popularisierung noch mehr, wie es bereits durch die Veröffentlichung der Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte geschieht, Prozessen vorgebeugt wird: Das Volk handelt rechtsgemäß, wenn es sein Recht kennt. Das Arbeitsrecht muß deshalb vereinheitlicht und ergänzt werden. Die Frage, in welcher Form die Kodifikation vor sich gehen soll (ob ein Gesetzbuch für das gesamte Arbeitsrecht oder ein solches für die einzelnen großen Arbeitergruppen — Angestellte, gewerbliche Arbeiter, Bedienstete aller Art —), bedarf noch näherer Klärung durch Wissenschaft und Praxis.

Die Gestaltung des Arbeitsvertrages wird in seinen Grundzügen der freien Uebereinkunft der Parteien überlassen bleiben müssen. Jedoch sind die bereits vom Staate im Interesse der Arbeiter und Angestellten usw. erlassenen Schutzvorschriften zwecks Ausgleich der ökonomischen Machtunterschiede von Kapital und Arbeit durch zwingende Gesetzesvorschriften zu ergänzen und auszubauen. Für diejenigen Einzelheiten des Arbeitsvertrages aber, die zwar der privaten Vereinbarung unterworfen bleiben müssen, ihrer Natur nach jedoch für einen einzelnen Betrieb eine allgemeine Regelung erfordern, sollen gesetzliche Normen ausgeschrieben sein (Ausbau der Arbeitsordnung, die nicht mehr einseitig diktiert werden darf und auf sämtliche erheblichere Betriebe ausgedehnt werden muß). Da aber weite Gebiete des Arbeitsverhältnisses (Schutzhilfe, Ueberstunden, örtliche und gewerbliche Besonderheiten, Anordnungsrecht des Produktionsleiters und ähnliches) in der Regel von der Gesetzgebung unberührt bleiben werden und bleiben müssen, ist zum Ausgleich der ökonomischen Machtunterschiede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlich:

1. Ein freier Arbeitsmarkt. Die Existenzmöglichkeit des Arbeiters und das Recht der Gesamtheit auf Verwertung jeder Arbeitskraft steht nämlich über dem Einzelinteresse.

2. Wahrung eines freien Koalitionsrechts, sowie die rechtliche Möglichkeit, auf Grund der Koalition Kämpfe um die Regelung des gewerblichen Arbeitsverhältnisses führen zu können.

Unter Zugrundelegung dieser Hauptgedanken behandelte Herr **Rühr** mehr die rein juristische Seite der Einzelfragen. Er wies nach, daß unser geltendes Arbeitsvertragsrecht im allgemeinen nicht schlecht ist. Weiter besprach er die rechtliche Bedeutung der gewerblichen Kampfmittel unter Zugrundelegung der Spruchpraxis des Reichsgerichts, der übrigen Gerichte und der Rechtswissenschaft und erläuterte sie an der Hand von Beispielen. Er betonte, daß man der Rechtsprechung einseitige Stellungnahme nicht vorwerfen könne.

An Hand zahlreicher Beispiele erörterte Herr Abgeordneter **Becker** die verschiedenen Formen der Kodifikationsmöglichkeiten des Arbeitsrechts; er umgrenzte jene Teile des Arbeitsvertrags, die der freien Vereinbarung nicht entzogen werden könnten. Auch eine demokratisch-sozialistische Produktionsordnung könne ohne das Anordnungsrecht des Produktionsleiters nicht auskommen. Scharf wandte sich der Redner dann gegen jene, die einen erhöhten gesetzlichen Arbeitswilligenschutz anstreben. Er teilte sie in drei Gruppen. In solche, die in ehrlicher Entrüstung über verwerfliche Vorfälle in mangelnder Kenntnis der Anwendung der geltenden, strafrechtlichen Bestimmungen ihre Forderung erheben, während andere aus innerer Gegnerschaft gegen jede selbständige Arbeiterbewegung neue Maßregeln verlangen; bei den dritten endlich sei es ein Manko an Umsicht und Klugheit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, und die deshalb leider zu oft zu den unglücklichsten Kampfmitteln griffen.

An die Vorträge schloß sich eine ausgiebige **Diskussion** an. **Wieber**-Duisburg (Metallarb.) schildert die Zustände in der Großeisenindustrie. Ich wünschte, ich könnte Sie einmal hineinführen in die Betriebe der Großeisenindustrie mit ihren feuerspeienden Ungetümen, dem Krachen der Maschinen, der Rauch- und Gaseswirkung. Ich brauche Ihnen die Bedeutung dieser Industrie nicht zu schildern. Ohne sie hätten wir keine Eisenbahnen, keine Eisenbrücken, keine Bajonette und keine Kanonen. Beim Worte Kanonen pflegt ja dem gewöhnlichen Spießbürger eine Gänsehaut zu überlaufen. (Heiterkeit.) Aber im gegenwärtigen Augenblick, wo in der Welt ein Hexenkessel sich aufzutun scheint, da ist es vielleicht ein gewisses beruhigendes Gefühl, daß wir in Deutschland nicht die schlechtesten Waffenschmiede haben. (Lebh. Beifall.) Es handelt sich um 300 000 Männer, die in dieser Industrie beschäftigt sind — Auslesemänner, denn Schwächlinge kann man hier nicht gebrauchen; und ihnen steht gegenüber die kapitalkräftigste und leistungsfähigste Industrie. Und doch hat man bei Regelung der Arbeitsverhältnisse diese Industrie fast ganz vergessen. Die Arbeiter dieser Industrie sind noch die einzigen, die 12 Stunden hintereinander tätig sind, die alle 14 Tage einmal 24 Stunden hintereinander arbeiten — die überhaupt jeden Tag, alle die 365 Tage des Jahres tätig sein müssen! Was für einen Sturm der Entrüstung hat es seinerzeit bei den Unternehmern erregt, als Exzellenz von Berlepsch, als Regierungspräsident von Düsseldorf, eine Verordnung erließ, wonach wenigstens die Walzwerke an den Sonntagen schließen sollten! Die ersten schwächlichen Versuche eines Schutzes der Arbeiter der Großeisenindustrie, die mit der Bundesratsverordnung von 1909 gemacht worden sind, hat man auf Umwegen wieder hinwegzuinterpretieren gewußt. Deshalb bitte ich Sie dringend: wenn wieder einmal der Ruf ertönt: Schutz den Arbeitern in der Großeisenindustrie, dann stehen Sie einmütig zu uns. (Lebh. Beifall.)

Ehrhardt-Kattowitz (Bauarb.): Bei Schaffung eines allgemeinen Arbeitsrechts sollte man auch bestrebt sein, das jetzt übliche Industriedeutsch durch ein volkstümliches Deutsch zu ersetzen, das auch der einfache Mann aus dem Volke verstehen kann. Bei der Vorbildung der Juristen müsse das Arbeitsrecht mehr berücksichtigt werden.

Treffert-Berlin (Hüttenbergbund): Wenn bei Vertragsabschlüssen die Haftbarkeit den vertragschließenden Organisationen, nicht ihren einzelnen Mitgliedern, auferlegt werden soll, so darf auch nicht nebenher noch eine besondere Haftung für die Führer der Organisation festgelegt werden. Weiter muß ein Höchstmaß der Haftung festgelegt werden; endlich muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Haftenden den Tarifinhabungen entsprechen können.

Becker-Berlin (Bauarb.): Der § 153 ist längst reif zu fallen. Tatsächlich bedeutet er ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, denn in der Praxis ist er bisher nur gegen die Arbeiter angewendet worden.

Es folgte hierauf das Thema: „Das gewerbliche **Schieds- und Einigungswesen**". Referenten hierzu waren Staatsminister a. D. Freiherr v. **Berlepsch** und Verbandsvorsitzender **Kurtscheid**-Köln.

Frhr. v. **Berlepsch** führte aus: Ich möchte zunächst eine Verpflichtung nachholen, die ich leider bisher versäumt habe, indem ich Ihnen die Grüße und Glückwünsche der Gesellschaft für Sozialreform überbringe. (Lebhafter Beifall.) Ich komme dabei eigentlich zu spät, denn es ist genau genommen, ein Abschiedswort, das ich sprechen muß, wenn auch blos bis zum nächsten Wiedersehen. (Beifall.) Es ist ein Ereignis eingetreten, das bei allen Freude hervorrufen wird, die Freunde der christlichen Gewerkschaften sind. Das ist die Kundgebung des ersten Tages, in der Sie zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie fest entschlossen sind, an Ihrer Organisation und Ihren Grundsätzen festzuhalten. Diese Kundgebung hat bereits ihre Wirkung getan, und manche Sorge und manches Mißtrauen beseitigt. Ich kann sagen, daß ich persönlich dieses Mißtrauen niemals geteilt habe. Dazu kenne ich Ihre Führer und Ihre Mitglieder viel zu gut. (Stürmischer Beifall.) Die Gesellschaft für soziale Reform ist ja ein Teil des Bodens, auf dem sich zum ersten Male katholische und evangelische Arbeiterführer zusammengefunden haben. Wir sind gewissermaßen Trauzeugen bei diesem Schritt gewesen und wir können sagen, die Ehe ist eine außerordentlich glückliche geworden. So bringe ich Ihnen die Glückwünsche nicht blos für die Vergangenheit, sondern für alle Zukunft. (Stürmischer Beifall.) — Zu seinem Thema übergehend, behandelte Redner die Schäden, die durch Ausstände und Aussperrungen verursacht werden und untersucht die Frage, ob die bisher eingeschlagenen Wege zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten usw. als hinreichend anzusehen seien. Diese Frage müsse verneint werden. Bei einem Fortschritt auf dem Gebiete müsse davon ausgegangen werden, daß die eigentliche brauchbare Grundlage eines Schieds- und Einigungswesens die Organisation der beiden Parteien sein müsse. Die bisher eingeschlagenen Wege seien teils durch die Gesetzgebung des Reiches (Errichtung von Gewerbegerichten und Einigungsämtern), teils durch Selbsthilfe der Beteiligten (Tarifverträge, Schlichtungskommissionen usw.) eröffnet worden und beide Wege müßten auch in Zukunft in Anspruch genommen werden. Das wichtigste sei, daß alsbald in einem Reichseinigungsamte eine Instanz geschaffen werde, die den Parteien den Weg zur Verhandlung ebne und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten vermittle. Dabei soll von dem Prinzip des Zwanges mit Ausnahme des Erscheinungs- und Verhandlungszwanges abgesehen werden. Die Gesellschaft für soziale Reform sei gerne bereit und erwarte eine entsprechende Erklärung von der anderen Seite, in Gemeinschaft mit den Arbeitern in den christlichen Gewerkschaftsverbänden die Frage zu erörtern. Wollen wir, so schloß der Redner erfolgreiche Sozialpolitik für die Arbeiter machen, so können wir sie nur mit den Arbeitern machen. (Stürm. Beifall.)

Der Vorsitzende **Schiffer** nahm hierauf das Wort wie folgt: Wir stehen alle noch unter dem Eindruck der Ausführungen des hochverdienten und hochverehrten Herrn Referenten. Herr von Berlepsch war einer der ersten Vorkämpfer und Pioniere der Sozialpolitik schon zu einer Zeit, als die Aussichten derselben noch recht trübe waren. Seinen ganzen Einfluß hat er dafür eingesetzt. Nun, er ist als Minister gegangen, er ist indirekt ein Opfer der Sozialdemokratie und direkt das Opfer des Scharfmachertums geworden. Der Minister Frhr. v. Berlepsch hat, dem Druck nachgebend, demissioniert, aber der soziale Führer Frhr. v. Berlepsch hat nicht demissioniert. Er ist mit frischen Kräften an die soziale Arbeit gegangen, hat die Gesellschaft für soziale Reform begründet und ihr den Stempel seines Wesens aufgedrückt. Er wird in den nächsten Wochen sein 70. Lebensjahr vollenden. Ich darf es in dieser Stunde im Namen von hunderttausend Arbeitern aussprechen: Was Herr v. Berlepsch in seinem reichen Leben für das Vaterland und die Arbeiterschaft gewirkt, geopfert, gekämpft und gelitten hat, wird ihm für alle Zeiten unvergessen bleiben. (Stürm. Beifall.) Wir schätzen unsere Exzellenz, wir schätzen unsern Staatsminister v. Berlepsch! (Wiederholter stürmischer Beifall.) Wir behalten uns vor, unsere Verehrung zu gegebener Zeit in besonderer Weise zum Ausdruck zu bringen, aber schon heute wünschen wir ihm einen schönen und friedlichen Lebensabend. Ad multos annos!

Sodann erstattete Verbandsvorsitzender **Kurtscheid**-Köln das Korreferat. Er untersuchte zunächst die Frage, ob in den bestehenden Einigungs- und Schiedsgerichtseinrichtungen die Minderheiten durch die christlich-nationalen Gewerkschaften entsprechend vertreten seien. Er kommt zu dem Ergebnis, daß auf Seiten der sozialdemokratischen Organisationen das Bestreben vorherrsche, die Minderheiten überall möglichst auszuschalten. Im Buchdruck- und chemigraphischen Gewerbe sei dies bereits erreicht, und auch im Holz- und Baugewerbe sei diese Tendenz vorhanden. Die christlichen Gewerkschaften sagen daher mit Recht: Unter diesen Umständen lieber keine Einigungseinrichtungen, als nur solche, die auf der Arbeitnehmerseite von Sozialdemokraten beherrscht werden und bei denen die christlichen Arbeiter überhaupt keine Vertretung haben. Wir bedanken uns für eine sozialdemokratische Vertretung. Leuten, die eine ganz andere Ueberzeugung haben, wie wir, die das Leben nach sozialdemokratischen Ideen umgestalten wollen, werden wir unsere gewerblichen Interessen niemals anvertrauen! (Erneuter Beifall und Zustimmung.) All das veranlaßt uns, nicht nur den weitern Ausbau des gewerblichen Schieds- und Einigungswesens zu fordern, sondern auch seine Verbesserung insofern, daß allen Gewerkschaftsrichtungen in den Einigungsämtern eine Vertretung eingeräumt wird; sonst könnten wir es einmal erleben, daß die letzten Dinge schlimmer würden als die ersten. Auf diese Gefahr rechtzeitig aufmerksam zu machen, sollte der Zweck meiner Ausführungen sein.

Beide Referenten haben ihre Forderungen in einer gleichlautenden Resolution niedergelegt, die lautet:

Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands betrachtet das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen als eine Einrichtung, die berufen ist, die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entstehenden Differenzen in einem gerechten und billigen Ausgleich friedlich beizulegen. Dieses Ziel kann jedoch nur dann in möglichst weitem Umfange erreicht werden, wenn einmal das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen in allen Gewerben und Industrien — besonders auch in der Großindustrie — Eingang findet und wenn es ferner in der bestmöglichen Weise gehandhabt und nach ständiger Vervollkommnung gestrebt wird. Letzteres ist um so notwendiger, weil das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen gerade in der Zukunft berufen sein wird, über wichtige Lebensfragen der Arbeiterschaft und von Gewerbe und Industrie, sowie über gewaltige nationale Werte zu entscheiden. Aus diesem Grunde erachtet es der Kongreß insbesondere als eine Selbstverständlichkeit, daß in den gewerblichen Schieds- und Einigungsämtern alle in Betracht kommenden Gewerkschaftsrichtungen vertreten sein müssen. Er erhebt deshalb gegen die einseitige Besetzung der Schieds- und Einigungsämter für das Buchdruck-, Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe mit sozialdemokratisch organisierten Arbeiterbeisitzern und gegen das Bestreben, diese verwerfliche Praxis auch auf andere Gewerbe zu übertragen, den schärfsten Protest. Die auf dem Kongreß vertretenen Organisationen verpflichten sich, in Zukunft alles aufzubieten, um eine Monopolstellung der sozialdemokratischen Verbände im gewerblichen Schieds- und Einigungswesen zu verhindern und den christlichen Gewerkschaften den ihnen gebührenden Einfluß zu sichern. In diesem Bestreben rechnen sie auf die tatkräftige Mithilfe der christlich-nationalen Arbeiterschaft, sowie aller jener Kreise, denen die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen des deutschen Volkes obliegt.

In der **Diskussion** bemerkte **Wiedeberg**-Berlin: Ein Reichseinigungsamt muß kommen. Aber ich bin der Meinung, daß man hierbei von Zwang möglichst absehen sollte. Ich verspreche mir nicht einmal etwas vom Verhandlungszwang, denn den guten Willen mitzubringen kann Niemand gezwungen werden und dann habe die Verhandlung keinen Zweck.

Giesberts: Die Gedankengänge, die Herr von Berlepsch vorgetragen hat, finden bei den christlichen Gewerkschaften gewiß den besten Resonanzboden; aber es wird nicht vorwärts gehen, bis nicht die Regierung energische Maßnahmen ergreift. Vor allem müßte bei dem Reichsamt des Innern ein Ressort eingerichtet werden, das sich energisch betätigt. Weitere Widerstände liegen bei den Unternehmern, die der Sache kein Verständnis entgegenbringen, aber auch in der Gruppierung der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen. Im Zusammenhang damit kommt der Redner auf die Vorgeschichte des Streiks im Ruhrrevier zu sprechen. Wenn der Abg. Hué in Chemnitz gesagt habe, „daß der **Ruhrrevierstreik** aus politischen Motiven inszeniert worden sei, sei eine Lüge," so antworte ich: Ich bezeichne den als Lügner und Volksbetrüger oder gewerkschaftlichen Idioten (Heiterkeit), der behauptet, daß dieser Streik nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geführt worden sei. Es wäre Pflicht der Sozialdemokraten gewesen, den Streik zu vermeiden. Vor dem Ausbruch des Streiks waren bereits Verhandlungen im Gange. Im Reichsamt des Innern hat eine Konferenz stattgefunden und der Staatssekretär Delbrück hat an die Vertreter des alten Verbandes die Frage gerichtet, ob sie den Ausbruch des Streikes nicht solange hinanhalten könnten, bis die eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluß gekommen seien. Darauf haben die sozialdemokratischen Vertreter erklärt, das könnten sie nicht, sie hätten die Massen nicht in der Hand. Damit haben die Herren nur dem Scharfmachertum Wasser auf die Mühle geliefert, das nun sagen wird, die Unternehmer können sich mit solchen Organisationen nicht einlassen, da sie keinerlei Gewähr bieten. So ist die ablehnende Haltung der christlichen Gewerkschaften korrekt gewesen und bedeutet auch von diesem Standpunkt aus eine hocherfreuliche nationale Tat.

Hierauf wurde die Resolution des Referenten mit zwei Zusatzanträgen des Frl. Behm (Heimarbeiterin) angenommen, nach welchen in den Einigungsausschüssen auch alle Verbände Sitz und Stimme haben sollten, und einem weiteren Zusatzantrag im Interesse der Heimarbeiterinnen. — Dann wurde noch eine Resolution angenommen, welche eine Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Schwerindustrie fordert.

Die Wahl des Ausschusses des Gesamtverbandes erfolgte en bloc, womit die Tagesordnung erledigt war. —

Der **Vorsitzende** betonte in seinem Schlußwort, daß der Gewerkschaftskongreß den Verlauf genommen hat, den er nehmen mußte. Er dankte den Referenten und allen übrigen Beteiligten, besonders auch der Presse, polemisierte gegen die Angriffe der sozialdemokratischen Organe, warf einen Rückblick auf den sachlichen Verlauf des Kongresses und schloß mit den Worten: Wir bleiben, was wir waren und was wir sind: ein einig Volk von Brüdern!

Hierauf wurde mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften und mit dem Absingen des Liedes „Deutschland Deutschland über alles" der 8. Christliche Gewerkschaftskongreß geschlossen.

Nachträglich bringen wir noch einen ausführlicheren Bericht.

Redner führte eingangs aus, daß die uns Modernen etwas sonderbar klingende Frage, ob ein Papst Häretiker sein könne, im Mittelalter öfter erörtert und bejaht worden sei und man sich mit den Konsequenzen einer solchen Tatsache beschäftigt habe. Er zeichnete den eigenartigen Charakter des gewaltigen Papstes und die unliebenswürdigen Seiten, die ihm viele Feinde zugezogen hatten. Vor allem sei aus bekannten politischen Gründen Philipp der Schöne sein Todfeind gewesen, der mit seinen Staatsmännern nach dem Tode Bonifaz VIII. sich bemüht habe, durch den schwachen Klemens V. in einem Prozeß das Andenken des verstorbenen Papstes brandmarken zu lassen, damit seine Leiche ausgegraben und auf den Schindanger geworfen werde. In diesem Prozeß erscheinen nun Akten mit Anschuldigungen gegen den Glauben und die Sittlichkeit Bonifaz VIII. Letzteren Punkt läßt Redner beiseite. Er ist der erste gewesen, der sich kritisch mit den Akten auseinandergesetzt hat. Später hat Wenck zum ersten Male die obige Frage formuliert, er betont, daß die Bonifaz zugeschriebenen Sätze („alle Religionen sind gleich", „nach diesem Leben ist alles aus" usw.) averroistischer Natur seien. Der Dominikaner Mandonnet gibt das zu, meint aber, daß die Aeußerungen Bonifaz VIII. von seinen Gegnern angedichtet seien. In seinem großen 2. Bande der „Geschichte von Florenz", der vor einigen Wochen erschienen ist, hat Davidsohn Wenck völlig zugestimmt. Redner weist auf die Schwäche einzelner Beweisführungen hin. Das Verhalten des Papstes in allen seinen Dokumenten, die Tage des Attentates von Anagni weisen auf einen durchaus gläubigen Papst hin; die Anschuldigungen stammen aus der Frühzeit im Wesentlichen von Gegnern, die Freunde Bonifaz VIII. halten über diesen Punkt mit ihren Aussagen sehr zurück. Der Papst muß entweder der größte Heuchler sein, und das entspricht keineswegs seiner impulsiven Natur, oder aber die Dinge sind anders zu fassen, darauf gedenkt Herr Prof. Finke bald einzugehen.

Ueber die im Berichtsjahr erschienenen und demnächst erscheinenden zahlreichen Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft berichtete, wie wir schon mitgeteilt haben, Herr Prof. Dr. **Beyerle-Göttingen**. Dieselben haben die mannigfaltigsten Stoffe des geschichtlichen und modernen Kirchenrechts, sowie sozialethische Untersuchungen zum Inhalt. An den ersteren ist besonders die kirchengeschichtliche Schule des Herrn Prof. Dr. Göller dahier beteiligt. Von den letzteren sei die Untersuchung des rühmlichst bekannten Statistikers Dr. Hans Rost in Augsburg über den Selbstmord in den deutschen Städten hervorgehoben. Der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Beyerle richtete eine Einladung an die Versammlung, auf die Veröffentlichung möglichst zahlreich zu abonnieren.

Die nächstjährige Generalversammlung findet in Aschaffenburg am Main statt.

Amerika.

Newyork, 11. Okt. Nach einem Telegramm aus Mexico, **schlugen die Aufständischen** am Mittwoch die Bundestruppen bei Escalon. Die Bundestruppen sollen **etwa 100 Tote gehabt** haben.

Berlin, 11. Okt. Nach einer beim Generalkonsulat von Nicaragua eingetroffenen Staatsdepesche, ist die **Ruhe in Nicaragua vollständig hergestellt.** Andere Nachrichten entsprechen nicht den Tatsachen.

China.

Simla, 11. Okt. Für die aus Schanghai stammende Nachricht, über ein Vordringen der Chinesen im Osttibet, fehlt es an einer Bestätigung, und in Peking wird sie dementiert. Ueber die Tätigkeit des Gouverneurs von Szetschuan läßt sich nichts feststellen, aber das Herannahen des Winters läßt Aussicht seiner Unternehmungen zweifelhaft erscheinen.

Peking, 11. Okt. In ganz China begeht man heute den **Jahrestag der Revolution** mit großen Festlichkeiten. Die ganze Bevölkerung Pekings befindet sich in festlicher Stimmung. Die Einmütigkeit der Bevölkerung bei diesen Festlichkeiten wird als bedeutsame Tatsache angesehen. Beim Präsidenten fand nach der Truppenschau ein Empfang statt. Die Festlichkeiten sollen drei Tage dauern.

Städtisches.

Münster, 11. Okt.

Von der Universität. Den Doktorgrad in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät erwarb sich Herr cand. phil. Hugo Loh aus Karthausen (Rheinprovinz). Die Dissertation lautete: „Histoires tirées de l'ancien testament zum ersten Male herausgegeben mit Einleitung, sprachlichen Untersuchungen und Anmerkungen."

Katholische Arbeitervereine und Jesuitengesetz. Das Diözesankomitee der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Diözese Münster hat im Auftrage des Verbandsdelegiertentages in Hamborn folgende Eingabe an den Bundesrat und Reichskanzler gerichtet:

„Der Diözesanverband der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Diözese Münster mit seinen 209 Vereinen und 44 000 Mitgliedern erachtet das Ausnahmegesetz gegen die deutschen Jesuiten als ein großes Unrecht gegen diese, gegen den katholischen Volksteil und gegen die freie Betätigung der katholischen Kirche. Aus diesem Grunde sprechen die Vertreter der 44 000 vaterländisch treu gesinnten katholischen Arbeiter die sichere Erwartung auf baldige Aufhebung des Gesetzes aus."

Provinzielle Nachrichten.

Freckenhorst, 10. Okt. **Die streitbaren Gutsnachbarn.** Ein Gutsbesitzer in Freckenhorst lebt mit seinem Gutsnachbarn M. seit Jahren in Streit darüber, ob der Kläger berechtigt ist, einen im Eigentum des M. stehenden Kuhkamp als Zugangsweg zu seinem Hofgut zu benutzen. Der Kläger behauptet, der Weg sei ein öffentlicher oder doch Interessentenweg. Der Nachbar M. hat aber den Weg durch einen Zaun sperren und einen verschließbaren Schlagbaum anbringen lassen. Eines Abends im April 1909 wollte nun der Kläger den Weg wiederum benutzen. Er geriet darüber mit dem Sohn seines Nachbarn ins Handgemenge und erhielt dabei von diesem einen Tritt in den Unterleib, der zur Folge hatte, daß ein alter Leistenbruch wieder austrat. Als der Kläger bereits am Boden lag, versetzte ihm der Sohn des Nachbarn auch noch einige Stockschläge. Die Folge war ein Schadensersatzprozeß, den der Kläger gegen den Nachbarssohn anstrengte; er verlangte außer den Kurkosten und einem Schmerzensgeld eine jährliche Rente von 1200 M, weil er infolge der Mißhandlung dauernd erwerbsunfähig geworden sein will. Der Beklagte machte geltend: er habe in Notwehr gehandelt, da der Kläger ein gefährliches Werkzeug, nämlich einen eisernen Eggenzahn, bei sich hatte und Miene machte, damit auf ihn loszugehen. Das Landgericht Münster hat den Beklagten zur Tragung der Hälfte des Schadens verurteilt; es nahm an, daß beide Parteien ein Verschulden treffe. Vom Oberlandesgericht Hamm dagegen ist die Klage abgewiesen worden. Zur Begründung ist gesagt, daß nach der Beweisaufnahme der Kläger kein Recht zur Benutzung des Weges hatte. Der Kläger handelte deshalb in verbotener Eigenmacht (§ 858 B. G.-B.), wenn er trotzdem den Weg benutzte, und er machte sich strafbar, wenn er sich auf Aufforderung nicht entfernte. Der Beklagte, der im Interesse seines Vaters handelte, konnte den Kläger mit Anwendung von Gewalt aus dem Kuhkamp hinaustreiben. Das Oberlandesgericht nimmt auf Grund der Beweisaufnahme an, daß der Kläger sich vorgenommen hatte, mit Gewalt sich den Zugang zum Wege zu verschaffen und zu dem Zwecke auch den Eggenzahn mitgebracht hatte. Dann handelte aber der Beklagte in Abwehr eines gegenwärtigen widerrechtlichen Angriffs seitens des Klägers, also in Notwehr. Es liegt deshalb eine widerrechtliche, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung des Beklagten nicht vor. Durch die nach dem Fußtritt versetzten Stockschläge ist ein besonderer Schaden des Klägers nach Meinung des Berufungsurteils nicht entstanden. Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision des Klägers zurückgewiesen.

* **Hörstmar**, 10. Okt. Die Arbeiten am Bau des **Lippeseitenkanals** Hamm-Datteln ruhen augenblicklich. Die Brücken sind zwar fertiggestellt, doch die wider Erwarten vorgefundenen ungünstigen Bodenverhältnisse, in Verbindung mit den andauernden schlechten Witterungsverhältnissen des verflossenen Sommers, haben die Bauunternehmer Niedermeyer und Götze veranlaßt, die Ausschachtungsarbeiten einstweilen einzustellen. Da die Firma bereits mit erheblichen Verlusten gearbeitet haben will, steht noch nicht fest, ob sie die Arbeiten jemals wieder aufnehmen wird. Ausgeschlossen scheint dies aber nicht, denn die Dampfbagger sowie sonstigen Maschinen und Ausschachtungsgeräte stehen noch an Ort und Stelle, um jederzeit in Benutzung genommen werden zu können. Erhebliche Schwierigkeiten bereitet auch die teilweise Verlegung und Unterdükerung des Sesekeflusses. Der Regen hat den Boden total aufgeweicht und in geringer Tiefe stößt man auf Fließsand, der den Dükern keine genügend feste Unterlage bietet.

* **Werl**, 10. Okt. Eine **interessante Klage** beschäftigte den Bezirksausschuß in Arnsberg. Der preußische Justizfiskus klagte, laut „Trem.", gegen den **Magistrat zu Werl** wegen Heranziehung der Dienstwohnungen der Beamten des dortigen Kgl. Zentralgefängnisses zur Kommunalsteuer. Beantragt hatte Kläger Steuerfreiheit. Streitig war nun die Frage, ob die von den Werler Gefängnisbeamten bewohnten Gebäude als unmittelbar zum öffentlichen Dienst gehörig zu betrachten sind. Die Steuerfreiheit war für alle Beamte beantragt; nur der Gefängnislehrer war in den Antrag nicht eingeschlossen. Der Magistrat gab in seinen Schriftsätzen zu, daß es wohl in einem so großen Gefängnisse, wie das Werler, erforderlich sein möge, wenn eine gewisse Anzahl von Beamten dauernd freie Dienstwohnungen im Gefängnisgebäude hätten, daß aber alle Beamten dauernd dort steuerfreie Dienstwohnungen inne haben müßten, werde bestritten. Das sei auch z. B. bei den Kaiserlichen Postbeamten nicht der Fall. — Der Direktor des Gefängnisses setzte aber auseinander, daß eine ordnungsmäßige Durchführung der Aufsicht in Werl nicht möglich sei, wenn nicht auch des Nachts alle Beamten dort auf ihren Posten wären. Das Gefängnis beherberge durchschnittlich 600 Gefangene. Diese bedürften der Verpflegung. Die Heizung müsse instand gehalten werden und die Wasserversorgung stets intakt sein. Bei Brandgefahr könnten sich die Gefangenen, da doch alle eingeschlossen seien, auch nicht selbst befreien. Wenn die Alarmsignale ertönten, müßten die Beamten ebenfalls alle sofort zur Stelle sein. Auch für die einheitliche und schleunige Bewaffnung sei die dauernde Anwesenheit aller am Platze. Man lese es alle Jahre, daß schwere Angriffe von Gefangenen auf die Beamten ausgeführt würden. Man möge nur bedenken, daß, wenn es den Werler 600 Gefangenen, unter denen auch viele schwere Verbrecher seien, gelänge, auszubrechen, daß dieser Ausbruch eine große Gefahr für die Stadt bedeute. Aus all diesen Gründen sei die dauernde Anwesenheit sämtlicher Beamten im Gefängnisgebäude notwendig. Der Bezirksausschuß gab dem Antrage auf Freistellung Folge. Ausgenommen wurden von dieser Steuerfreiheit die Wohnungen des Gefängnisgeistlichen und des Rendanten. Der Gefängnislehrer war, wie schon bemerkt, in dem Antrag auf Freistellung von der Steuer von vornherein nicht einbegriffen.

Dorsten, 11. Okt. **Durch elektrischen Starkstrom** wurde auf der Zeche Baldur I-II in der elektrischen Zentrale der Monteur Müller, wohnhaft in der Kolonie Holsterhausen getötet. Bei der Ausführung von Arbeiten kam er auf noch nicht aufgeklärte Weise der ca. 5000 Volt starken Starkstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet. Die Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Der Verunglückte ist erst 22 Jahre alt und verheiratet. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des hiesigen Krankenhauses gebracht.

Dortmund, 11. Okt. Gegen den Generaldirektor der Harpener Bergbaugesellschaft, Herrn Geheimrat Müser, und den Direktor der Harpener Zeche Court, Herrn Bergassessor Engeling, war offiziell Anklage wegen **Beleidigung** des Geheimen Bergrats Pommer vom Dortmunder Oberbergamt erhoben worden. Die Beleidigung sollte in einer Eingabe der beiden Herren an das Oberlandesgericht in Hamm enthalten sein, die den Zweck hatte, zu erreichen, daß in ihrem Wasserprozeß an Stelle des Herrn Geheimrats Pommer ein anderer Gutachter gehört werde. In der heute vor acht Tagen vor dem Schöffengericht stattgehabten Verhandlung beantragte der Amtsanwalt gegen Herrn Geheimrat Müser 300 M, gegen Herrn Engeling 600 M Geldstrafe. Das heute verkündete Urteil lautete auf Freisprechung, da den Angeklagten der Schutz aus dem § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt wurde und die Absicht der Beleidigung weder aus den begleitenden Umständen noch aus der Form hervorgehe.

Dortmund, 11. Okt. (Tel.) Vor dem **Schwurgericht** hat sich heute der 19jährige Schlosser Friedrich Schwedendieck und der 17jährige Arbeiter Johann Bachmann wegen **Mordes und schweren Raubes** zu verantworten. Die beiden Angeklagten, die in allen wesentlichen Punkten geständig sind, haben am 29. August dieses Jahres den 20jährigen Arbeiter Josef Lesarth in einem Wäldchen bei Brechten erwürgt und beraubt und sodann den Erlös des Raubs, etwa 4 M, am gleichen Tage in einem Zirkus und in einem Automaten-Restaurant durchgebracht. Die Angeklagten erklären, sie hätten sich durch den Mord in den Besitz der Schuhe des Getöteten setzen und in der Nähe von Ahaus eine Räuberhöhle gründen wollen. Sie seien durch die Lektüre von Räuberromanen auf den Gedanken gekommen. Nach eingehender Vernehmung der Angeklagten, dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen und dem Zeugenverhör, wurde die Verhandlung um 1 Uhr abgebrochen und auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

* **Hagen**, 10. Okt. Gestern fand unter dem Vorsitz des Diözesanpräses, Pfarrer v. Hoehling-Bochum, im hiesigen Gesellenhause die zweite Generalversammlung des Verbandes der **Präsides katholischer weiblicher Jugendvereine der Diözese Paderborn** statt. Nachdem um 10 Uhr eine Beratung des Diözesankomitees gehalten, wurde um 11 Uhr die Generalversammlung, an der 84 Präsides teilnahmen, durch den Vorsitzenden eröffnet. Am 1. September dieses Jahres betrug die Anzahl der Vereine 393 mit 54 000 Mitgliedern; davon entfallen auf den westfälischen Anteil unserer Diözese 304 und auf den östlichen Anteil (Heiligenstadt, Erfurt, Magdeburg) 89 Vereine. Darauf hielt Pfarrvikar Meyer-Sevinghausen einen Vortrag über: „Die Bedeutung der Marienverehrung im modernen Leben". Vikar Heinemann-Warstein hielt einen Vortrag über: „Präses und Vorstand im Jungfrauenverein für Stadt und Land". Während der Verhandlungen waren Begrüßungstelegramme des hochwürdigsten Bischofs Karl Joseph und des designierten Weihbischofs, Dechant v. Hoehling-Dessau, eingetroffen. Es wurde noch beschlossen, die Errichtung eines Generalsekretariats in Aussicht zu nehmen. Die nächstjährige Generalversammlung findet in Paderborn statt.

Herbede, 10. Okt. Eine große Bergwerksgesellschaft wird, wie jetzt bestimmt feststeht, an der Ruhr ein **neues Kohlenbergwerk** gründen. Alle Vorarbeiten sind bereits erledigt. Die Schachtanlage erfolgt im Ruhrtale unweit des Bahnhofes. Für die vielen Bergleute des Bezirks, die jetzt weite Wege gehen müssen, eröffnet sich eine gute Aussicht.

§ **Ohligs**, 10. Okt. Hier wurde ein **französischer Ingenieur verhaftet**, der in verschiedenen Fabriken als Arbeiter tätig gewesen ist und als solcher versuchte, durch Bestechung seiner Arbeitskollegen mit Geld diesen Fabrikationsgeheimnisse zu entlocken. Aus der Beobachtung seiner Korrespondenz hat sich ergeben, daß er mit französischen Firmen in Verbindung stand.

* **M.-Gladbach**, 11. Okt. Kommerzienrat Grimm hat seinem Heimatsort Dedt **1 Million M hinterlassen.**

Privatbrief eines Serben.

* **Bochum**, 10. Okt. Ein junger Serbe, der längere Zeit in der Nähe von Bochum wohnte und kürzlich auf den Gestellungsbefehl nach seiner Heimat abgereist ist, richtete von dort an seine hier wohnende Braut über Bosnien einen Brief, dessen Inhalt besonders deshalb interessiert, weil er zu den Blättermeldungen in gewissem Gegensatz steht. In dem Briefe heißt es: „Es herrscht eine große Aufregung und Arbeitsunlust im Lande. Die Arbeiter und Bauern sind gegen den Krieg. Es finden zwar Aufzüge statt, bei denen sie Kriegslieder singen. Aber vernünftige Leute beteiligen sich daran nicht, wenigstens nicht freiwillig. Kurz, es steckt kein ernster Wille dahinter. Aber wenn der König befiehlt und Geld hergibt, dann gibts Krieg. Nun ist zu befürchten, daß mit dem Kriege zugleich die Revolution ausbricht. Dafür herrscht viel mehr Begeisterung. Wenn es zum Kriege kommt, muß ich mitfechten. Wenn sie aber einen Aufstand machen, halte ich mich zurück. Sobald es geht, komme ich nach Deutschland zurück, um für immer dort zu bleiben. In unseren serbischen Verhältnissen fühlt sich niemand mehr wohl, der einige Jahre in Westeuropa zugebracht und gelernt hat, höheren Anspruch ans Leben zu stellen."

Vermischtes.

Berlin, 11. Okt. (Tel.) Der Müllergeselle Wieschert, der am 24. den Viehhändler Endruscheit in Friedrichswalde bei Mehlauken ermordete und beraubte, wurde hier in der Nacht **unter eigenartigen Umständen festgenommen.** Gegen 1 Uhr erschien auf dem 87. Polizeirevier ein angetrunkener junger Mann ohne Kopfbedeckung und verlangte einen Beamten zur Festnahme des Raubmörders Wieschert. Zwei Polizeibeamte begaben sich mit ihm nach einer Wirtschaft in der Jägerstraße. Hier machte der Bursche Ausflüchte und verdächtigte sich durch eigenartige Reden, so daß die Beamten zu der Ueberzeugung kamen, der Bursche sei selbst der Gesuchte. Als ihm dies auf den Kopf zugesagt wurde, **gestand er es ein** und wurde verhaftet.

Hamburg, 10. Okt. Einen **Giftmordversuch** an Frau und fünf Kindern versuchte heute nachmittag der Arbeiter Grimm. Man vermutet, daß er Cyankali in den Kaffee geschüttet hat. Frau und Kinder wurden unter schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht. Der Zustand der beiden jüngsten Kinder ist hoffnungslos.

Magdeburg, 10. Okt. **Aus Unvorsichtigkeit erschossen.** Der Stadtverordnete, Kaufmann Kratzenstein, Inhaber der großen Speditionsfirma Albert Lüdecke u. Comp., wurde heute abend auf der Heimfahrt von der Jagd infolge der Unvorsichtigkeit beim Platzmachen im Eisenbahnwagen durch Entladung des eigenen Gewehrs durch einen Herzschuß sofort getötet.

Meseritz, 11. Okt. Der 18 Jahre alte Malergehilfe Joseph Dewald aus Braetz, der in der Nacht zum 1. Juli seine schlafende Mutter in bestialischer Weise durch 19 Beilhiebe ermordete und 1900 M raubte, wurde gestern vom Schwurgericht **zum Tode verurteilt.**

Schleusingen, 11. Okt. Im Dorfe Küchendorf verursachten spielende Kinder einen **Brand**, dem vier Wohnhäuser und neun Scheunen **mit großen Erntevorräten** und zahlreichem Vieh zum Opfer fielen.

Wien, 10. Okt. Auf der Lagune Lopad bei Ragusa ist **mit einer Wunde** der Marineattaché der deutschen Botschaft in Wien, Kapitän zur See Graf von Posadowsky-Wehner, **aufgefunden** worden. Es ist ein Neffe des ehemaligen Staatssekretärs. Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, liegt für das Gerücht, daß Graf Posadowsky einen Selbstmordversuch gemacht habe, nicht der mindeste Anlaß vor. Die Umstände sprechen vielmehr für die Wahrscheinlichkeit, daß der Graf einem verbrecherischen Anschlag zum Opfer gefallen ist. Lebensgefahr liegt nicht vor. Graf Posadowsky war mit voller Kenntnis seiner Familie und der deutschen Botschaft in Wien nach dem Süden gereist.

Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 11. Okt. (Tel.) Das **Marineluftschiff „L. 1"** ist heute vormittag 9 Uhr 5 Min. mit dem Grafen Zeppelin an Bord zu einer neuen Werkstättenfahrt aufgestiegen. Es bewegte sich in großer Höhe und landete um 10,25 Uhr glatt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Okt. Außer der Prägung von Talerstücken aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers mit einem neuen Kaiserbildnis wird noch eine besondere preußische Denkmünze erscheinen. Es handelt sich um die Prägung einer am Bande zu tragenden Denkmünze für Staatsbeamte, Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften des Heeres und der Flotte, sowie für Personen, die zum preußischen Königshause in besonderen Beziehungen stehen. Es ist Stimmung dafür vorhanden, daß die Denkmünze eine längliche Form aufweisen, mit dem plastisch hervortretenden Bildnis des Kaisers versehen und aus Bronze hergestellt sein soll.

Berlin, 10. Okt. **Generalmajor z. D. Reinhold Tilze**, am 8. Oktober 1845 zu Fürstlich-Buchwald geboren, ist heute zu Berlin in seiner Wohnung Weimarerstraße 17 gestorben.

Posen, 11. Okt. (Tel.) Bei der heute im Wahlkreise Bromberg 5, Mogilno-Znin-Wongrowitz in Znin stattgehabten **Landtagsersatzwahl** für den verstorbenen Abgeordneten Peltasohn (Fortschrittliche Volkspartei) wurden für Justizrat Bärwald-Bromberg (Fortschr. Vpt.) 255 und für von Janta-Polczinski (Pole) 220 Stimmen abgegeben. **Bärwald ist somit gewählt.**

Memel, 11. Okt. (Tel.) Gestern abend **überfuhr** der ausgehende Memeler Dampfer „Bismarck" zwischen Mellneraggen und Bommelsvette den Motorkutter „Anna Maria", der sofort sank. **Die aus drei Schiffern bestehende Besatzung ertrank.** Der Dampfer „Bismarck" setzte sofort ein Boot aus, doch blieben die Rettungsversuche bei der herrschenden Dunkelheit erfolglos.

München, 11. Okt. (Tel.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das Hofmarschallamt Sr. Königl. Hoheit des **Prinzen Leopold von Bayern** teilt mit: Die Oeffentlichkeit hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit dem tiefbedauerlichen **Ehezwist** zwischen Sr. Königl. Hoheit dem **Prinzen Georg von Bayern** und seiner Gemahlin, Prinzessin Isabella, entstanden ist, beschäftigt. **Es wird hiermit festgestellt**, daß alle in der Oeffentlichkeit laut gewordenen und andeutungsweise auch in die Presse übergegangenen Gerüchte, wonach ein Grund für die Ungültigkeitserklärung der Ehe vorliegen soll, vollkommen haltlos sind. Richtig ist, daß zwischen den Ehegatten von Anfang an tiefgehende Mißstimmungen entstanden sind, die in der Verschiedenheit der Charaktere begründet liegen und durch die das eheliche Verhältnis zwischen den Ehegatten zerrüttet wurde. Wenn eine Trennung der Ehe erfolgen sollte, so würde sie nur im Wege der Ehescheidung stattfinden können. Das gerichtliche Verfahren bemißt sich nach Ziffer 10 § 2 des Königlichen Familienstatuts.

Oesterreichische Delegation.

Wien, 11. Okt. (Tel.)

Beim Einbringen der **außerordentlichen Kredite für das Heer und die Kriegsmarine** hob der **Finanzminister** Ritter v. Bilinski hervor, es handele sich durchaus nicht um einen Mobilisierungskredit. Wenn schon die Art und Verteilung der Anforderungen einer solchen Annahme widersprechen, so wolle er doch insbesondere bekräftigen, daß zu einem derartigen Schritt keinerlei Anlaß vorliege und daß die Monarchie nach wie vor an ihrer bisherigen friedlichen Politik festzuhalten gewillt sei. In der unerfreulichen Wendung aber, die die Dinge auf dem Balkan in letzter Zeit genommen hätten, liege die ernste Mahnung, die Ausgestaltung der Wehrmacht zu vervollkommnen. Die heute gestellten Forderungen beträfen nichts neues und seien zu wiederholten Malen, zuletzt im Sommer dieses Jahres im Schoße der gemeinsamen Ministerkon[ferenz] geltend gemacht worden. Der Minister betonte die unbestreitbare sachliche Notwendigkeit der Anforderungen und erklärte: Wenn die gemeinsame Regierung in einer der finanziellen Leistungsfähigkeit der beiden Staaten der Monarchie angepaßten Art in einem Zeitpunkt vor die Delegation trete, in welchem in unserer unmittelbaren Nachbarschaft auf dem Balkan die Flamme des Krieges so leicht auflodern könnte, so leitet sie hierbei der Gedanke, daß wir in der Lage sein müssen, dann, wenn einmal die Balkanfrage zur definitiven Entscheidung gelangt, unsere Stimme vollwertig in die Wagschale legen zu können. Dieser Schritt ist von der Absicht eingegeben worden, uns die Möglichkeit zu sichern, die Interessen Oesterreich-Ungarns kraftvoll zu wahren, um Hand in Hand mit unseren treuen Verbündeten und im Verein mit den übrigen uns befreundeten Großmächten die Friedensmission der Monarchie erfüllen zu können.

In der **ungarischen Delegation** gab der Minister des Aeußern eine im wesentlichen übereinstimmende Erklärung ab, die mit Beifall und Zustimmung aufgenommen wurde.

Wien, 11. Okt. (Tel.)

Die Plenarsitzung der **ungarischen Delegation** nahm nach kurzer Debatte das Heeresbudget an. Die Redner betonten die Uebereinstimmung der Anschauungen der Delegation mit den gestrigen Ausführungen des Grafen Berchtold und sprachen sich angesichts der politischen Situation für die Annahme des Heeresbudgets aus.

Wien, 11. Okt. (Tel.)

Die in den Delegationen unterbreiteten **Nachtragsvorlagen** erfordern für 1912 41,6 Millionen Kronen für die Beschaffung von Kriegsmaterial sowie für die Durchführung fortifikatorischer Maßnahmen und Beschaffung von Flugzeugen. Ferner 40 Millionen und zwar 13 Millionen als Hälfte von den insgesamt notwendigen 26 Millionen von zwei Donauschiffen, zwei Patrouillenbooten, 6 Hochseetorpedobooten, zwei Unterseebooten und für stählerne Schwimmdocks, während zur Beschleunigung der Schiffsbauten à conto der nächstjährigen Rate eine Erhöhung für 1912 des erbetenen außerordentlichen Kredites um 27 Millionen verlangt wird. Sodann werden insgesamt für 1912 81,6 Millionen gefordert, wovon 51,9 Millionen auf Oesterreich und 29,7 Millionen auf Ungarn entfallen. Die oben erwähnte Beschaffung des Kriegsmaterials sowie die Durchführung der fortifikatorischen Maßnahmen an den Grenzen werden auf 3 Jahre verteilt mit einem Gesamtaufwande von 125 Millionen, wovon je 41,6 Millionen für 1912 und 1914, 41,8 Millionen für 1915 gefordert werden sollen. **Die gesamten Maßnahmen bilden die Fortsetzung des 1904 zur Beschaffung von Artilleriematerial geforderten außerordentlichen Kredites.**

Paris, 11. Okt. Nach einer Blättermeldung aus Nancy, hielten die französischen Zollbeamten bei Doncourt vorgestern nachmittag einen Wagen an, in dem sich ein **Major** des in Metz liegenden 145. Infanterieregiments mit seiner Frau und seinen Kindern befand. Der Offizier, der in Uniform war, gab an, daß er mit seiner Familie die Schlachtfelder besuchte, und der Kutscher bei einer Straßenkreuzung irrtümlich den Weg über französisches Gebiet genommen habe. Nachdem der Polizeikommissar von Conflans-Jarny diese Angaben als richtig erkannt habe, sei der Wagen freigelassen und dem Offizier die Rückfahrt gestattet worden. Nach den Informationen des Wolffschen Bureaus trifft die Meldung im wesentlichen zu. Der Offizier hatte mit einer Verwandten und deren Töchtern die Schlachtfelder besucht. Während er an der Hand einer Karte die Stellungen der Armeen den Verwandten erklärte, war der Kutscher, der angab, ortskundig zu sein, durch einen Irrtum nach Doncourt auf französischem Boden gelangt. Zollbeamte hielten den Wagen an. Ein Polizeikommissar erschien alsbald, wobei sich sogleich der Irrtum aufklärte und dem Offizier sofort, ohne jede Behelligung, die Rückfahrt gestattet wurde.

London, 11. Okt. Wie das Reutersche Bureau erfährt, **wird Jameson**, der vor einiger Zeit aus Gesundheitsrücksichten die Führerschaft der unionistischen Partei in Südafrika aufgegeben hat, sein Parlamentsmandat niederlegen.

London, 11. Okt. (Tel.) Nach einer Mitteilung aus Newyork ist bei einem Feuer in Bayonne (New Yersey) der **britische Dampfer „Dunholm" vollständig verbrannt.** Zwei britische Petroleumtank-Dampfer und die Barke „Concordia" mußten brennend auf den Strom hinausgeschleppt werden. Bei dem Brande ist viel Petroleum und Werftmaterial zerstört worden.

Kriegswirren auf dem Balkan.

Podgoritza, 11. Okt. (Tel.) **Eine amtliche montenegrinische Meldung besagt: Die Montenegriner nahmen gestern abend die türkische Befestigung von Schipcanik zwischen Detschitsch und der Stadt Tuzi im Sturm und beherrschen jetzt vollständig diese Stadt. Die beiden Gegner gaben große Beweise von Heldenmut. Bei den Montenegrinern herrschte eine freudige Stimmung wegen der beiden glänzenden Siege bei Detschitsch und Schipcanik. Die Malissoren kämpften auf ihrer Seite mit viel Aufopferung. Spät am Abend empfing der König im Hauptquartier den türkischen Kommandanten von Detschitsch, der mit seinen Soldaten nach Podgoritza gebracht wurde.**

Konstantinopel, 11. Okt. Die der Pforte von den Mächten zugegangene Note besagt: Die Botschafter wurden von ihren Regierungen beauftragt, der Pforte mitzuteilen, daß die fünf Mächte von der öffentlich angekündigten Absicht der türkischen Regierung Kenntnis nehmen, Reformen im Sinne des Artikels 23 des Berliner Vertrages und des Gesetzes vom Jahre 1880 einzuführen, Reformen, die die Verwaltung der europäischen Türkei zuläßt, und Maßregeln, die geeignet sind, ihre Verwirklichung im Interesse der Bevölkerung zu sichern, wobei sich versteht, daß die Reformen die territoriale Integrität des ottomanischen Kaiserreichs nicht antasten. Die Mächte würden die Reformen unverzüglich mit der Pforte beraten.

Konstantinopel, 11. Okt. Nach Mitteilungen des Kriegsministeriums wiesen die türkischen Truppen die Angriffe Bulgariens auf das Blockhaus Soghondjak Banik im Bezirk Dospad zurück. Die Bulgaren verstärkten ihre Stellungen bei Merdondece und Yadiyourda im Bezirk Tunrach. Die Türken ergriffen die entsprechenden Maßnahmen. In der Nacht zum 8. Oktober griffen die Griechen die türkischen Stellungen bei Loparinija im Bezirk Diskata an. Nachrichten über den Ausgang des Gefechtes fehlen noch.

Konstantinopel, 11. Okt. Der **Kriegsminister** gibt bekannt, daß die Montenegriner im Kampfe bei Berane gegen die türkischen Freiwilligenkorps bisher **keine Erfolge** zu verzeichnen hätten und daß die Kämpfe fortdauern.

Konstantinopel, 11. Okt. Auf Drängen des russischen Vertreters gestatteten die Behörden der festgehaltenen **griechischen Dampfer,** mit der nach Rußland und Galatz verkauften Ladung, die russische Flagge zu hissen und in See zu gehen.

Sofia, 11. Okt. (Tel.) Ueber den **Inhalt der Antwortnote der Balkanstaaten** auf die österreichisch-russische Demarche, wurde bisher eine volle Einmütigkeit nicht erzielt. Man glaubt, die Antwort erfolge erst morgen. In unterrichteten Kreisen verlautet, die Antwort soll u. a. die Forderung der administrativen Autonomie für alle europäischen Vilajets sowie der gemeinsamen Kontrolle der **Großmächte** enthalten. Die Forderungen dürften gleichzeitig durch eine Note der Türkei mitgeteilt werden, worauf nach einigen Tagen ein Ultimatum abgehen dürfte.

Sofia, 11. Okt. (Tel.) **König Ferdinand** und die Prinzen begaben sich gestern in das Lager von Philippopel.

Paris, 11. Okt. Zu der Balkankrisis schreibt der „Matin": Wenn der Krieg ausbricht, so trifft England der größte Teil der Verantwortung dafür. In Sofia, Athen und Belgrad erklärt man, daß der Krieg noch zu vermeiden wäre, wenn die Mächte selbst in Mazedonien eine der wirklichen Zivilisation entsprechende Lage schaffen. Aber damit die Mächte tatsächlich vorgehen und ihren Willen bei der Pforte durchsetzen können, ist ein **völliges Einvernehmen notwendig.** Wir wissen, daß England diesem Einvernehmen Hindernisse in den Weg legt unter dem Vorwande, daß es 80 Millionen muselmanische Untertanen in Indien besitze und deshalb die Türkei schonend behandeln müsse. Demselben Blatte wird aus Sofia gemeldet: Der Beschluß der vier verbündeten Balkanstaaten, die Mobilisierung anzuordnen, wurde dadurch veranlaßt, daß der türkische Minister des Aeußern, Noradunghian, auf die Anfrage, warum die Türkei 50 000 Mann mobilisiere, die Antwort erteilt habe, mir werden nicht 50 000, sondern 100 000 Mann mobilisieren und ich hoffe, daß dies auf Herrn Geschow beruhigend wirken wird.

Paris, 11. Okt. (Tel.) Der Deputierte des 18. Bezirks von Paris, Brunet, der zugleich das Amt eines montenegrinischen Generalkonsuls bekleidet, erhebt in den Blättern Widerspruch gegen das vom Senator d'Estournelles de Constant an den König von Montenegro gerichtete Schreiben.

Newyork, 11. Okt. Die Firma J. P. Morgan u. Co. lehnt sowohl eine Bestätigung als eine Ableugnung des Gerüchtes, daß die **Türkei** durch sie eine **Anleihe von 30 Millionen Dollars** oder darüber abzuschließen versuchte, ab. Man nahm an, daß die Unterhandlungen wahrscheinlich durch den Londoner Vertreter der Firma geführt wurden.

Handels-Nachrichten.

* **Müllerei A. u. W. Niemöller in Liquidation, Dortmund.** In der ersten Sitzung des Gläubigerausschusses am Donnerstag erstatteten die beiden Liquidatoren die Liquidationsbilanz, die sich im wesentlichen mit der in der Gläubigerversammlung vorgelegten Bilanz deckt. Die genaue Feststellung der einzelnen Punkte der Bilanz wird noch vorgenommen. Es wurde beschlossen, einen aus drei Rechtsanwälten bestehenden Ausschuß mit der baldigen Erstattung eines Gutachtens darüber zu beauftragen, ob die zugunsten des Barmer Bankvereins eingetragene Sicherheitshypothek in Höhe von 800 000 M der Anfechtung unterliegt. Erst nach Erstattung dieses Gutachtens dürften weitere Maßnahmen getroffen werden. Auch wird dann erst beschlossen, ob die Mühle bald wieder in Betrieb genommen werden soll.

* **Ruhrwerke, A.-G. in Arnsberg i. W.** Wie der Geschäftsbericht für 1911-12 ausführt, hatte die Gesellschaft unter der ungewöhnlichen Trockenheit des letzten Jahres zu leiden und mußte ihren Betrieb während der wasserarmen Zeit ganz erheblich einschränken. Der in der ersten Jahreshälfte dadurch entstandene Verlust sei jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres nicht nur ausgeglichen worden, sondern es sei zudem noch ein Gewinn erzielt worden, so daß sich ein den Verhältnissen entsprechender günstiger Abschluß ergeben habe. Die sich als unlohnend erwiesene Herstellung von dicken Handpappen habe die Gesellschaft vollkommen aufgegeben. Es wurde einschließlich 46 857 (3496) M Vortrag und nach 142 657 (141 799) M Abschreibungen ein Reingewinn von 199 351 (235 948) M erzielt, wovon 7300 (11 800) M für die Rücklage I, 30 000 M (wie i. V.) für die Rücklage II, 10 666 (14 281) M als Gewinnanteile verwandt, 6 Proz. (wie i. V.) Dividende gleich 108 000 M verteilt und 43 385 Mark vorgetragen werden.

* **Concordia, chemische Fabrik auf Aktien** in Leopoldshall. Nach Abschreibungen von 116 889 M (i. V. 116 435 M) ergibt sich für das verflossene Geschäftsjahr ein Reingewinn von 431 700 M (356 361 M). Davon sollen wiederum 13 Prozent Dividende bei einem Vortrag von 1618 M (5875 M) zur Ausschüttung gelangen. **Auf den Schachtanlagen** Ilberstedt und Anhalt, an denen das Unternehmen beteiligt ist, sind die Arbeiten flott vorangekommen. Der Schacht Anhalt steht bei 225 m im Buntsandstein. Sofern Störungen nicht eintreten, erwartet die Verwaltung für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Resultat.

* **Waggonfabrik, A.-G. in Uerdingen (Rhein).** Von der Verwaltung erfährt die „K. Vztg.", daß das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr bei einem wesentlich höheren Umsatz, trotz teilweise gedrückter Preise, ein besseres Ergebnis, als das Vorjahr, gezeitigt hat, so daß die Dividende um einige Prozent höher, als für das Jahr 1910-11 (4 Proz.) ausfallen dürfte.

* **Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten, A.-G. in Köln-Deutz.** In der Aufsichtsratssitzung am Donnerstag wurde beschlossen, einer auf den 7. November einzuberufenden Hauptversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Mill. M auf 17 Mill. M vorzuschlagen. Die neuen Aktien sollen ab 1. Juli 1913 dividendenberechtigt sein. Die Kapitalerhöhung wird, der fortschreitenden Entwicklung des Werkes entsprechend, zu einem systematischen Ausbau der Gruben-, Hochofen- und Stahlwerks-Anlagen dienen. Insbesondere ist die Errichtung eines neuen Hochofens in Wissen und die Vergrößerung der Stahlwerksanlagen in Deutz geplant. Ueber das laufende Geschäft wurde berichtet, daß der Gewinn der beiden Monate Juli und August gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sich verdoppelt hat. Sämtliche Betriebe sind für längere Zeit mit Aufträgen reichlich versehen.

* **Liquidation einer Bankfirma.** Wie aus Halle a. S. berichtet wird, zeigt die Bankfirma Apelt u. Sohn durch Zirkular ihre Liquidation an. In den Kreisen der Gläubiger erwartet man, daß die Großbanken durch ihr Eintreten eine ruhige Abwicklung der Liquidation sicherstellen. Man nimmt an, daß in diesem Falle keine Verluste eintreten.

* **Zum Konkurse der Baufirma Kurt Berndt-Berlin.** In der Gläubigerversammlung erstattete der Konkursverwalter Bericht über die augenblickliche Lage. Danach dürfte auf die Forderungen ohne Vorrecht im Betrage von etwa 4 Mill. M eine Dividende von 1¾ Proz. entfallen. Sollte sich aber die Summe der vorechtlosen Forderungen erhöhen, so würde sich dementsprechend die Dividende verringern. Ferner hat sich herausgestellt, daß die meisten Aktiva Nonvaleurs sind, weswegen sich auch die Verhandlungen betreffs ihrer Verwertung zerschlagen haben.

* **Münster**, 10. Okt. Zu dem heute, am ersten Sendtage hier abgehaltenen Viehmarkt war der Antrieb nur mittelmäßig und der Handel schleppend.

Arbeitspferde kosteten I. Qual. 850—1000 M, II. Q. 600—700 Mark, III. 250—350 M. Ostpreußische Pferde kosteten I. Qual. 550—750 M, II. 350—425 M. Litauer Ponys kosteten I. Qual. 400—500 M, II. 250—325 M. Fohlen 2½jährige kosteten 550 bis 750 M, 1½jährige 400—500 M, ¼jährige 200—250 M. Ausrangierte (Schlachtpferde) kosteten 90—150 M.

Milchgebende Kühe kosteten I. Q. 450—550, II. 350—375 M, III. 250—275 M, jüste Kühe kosteten 200—225 M. Fette Kühe kosteten pro 100 Pfd. Schlachtgewicht I. Q. 85—86 M, II. 75 bis 80 Mark. Bullen kosteten pro 100 Pfd. Lebendgewicht I. Qual. 46—50 M, II. 42—45 M. Kälber, fette Schweine, tragende Schweine und Faselschweine waren nicht angetrieben. 5—6 Wochen alte Ferkel kosteten 14—16 M. Ferkel von 8—9 Wochen 20—25 M.

Es waren im ganzen angetrieben 210 Pferde, 58 Fohlen, 84 Stück Hornvieh und 856 Ferkel. Der nächste Viehmarkt findet am Dienstag, den 29. d. M. statt.

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

	10. 10.	11. 10.
Privatdiskont	4⅛	4⅛
Wechs. Amst. kurz	169,55	—
„ Brüssel „	80,75	—
„ Italien „	80,15	—
Scheck London	20,490	20,490
Wechs. Lond. kurz	20,465	—
Scheck Paris	81,075	81,075
Wechs. Paris kurz	81,075	—
„ Wien „	84,75	84,75
4% D. Reichsanl.	100,50	100,50
3½% „ „	88,70	88,40
3% „ „	78,50	78,25
4% Preuss. Kons.	100,50	100,50
3½% „ „	88,70	88,40
3% „ „	78,50	78,25
4% Westf. Pr.-Anl.	98,80	98,80
3½% dto. 1915	87,25	87,25
3½% Münst. St.-A.	—	—
4% Westf. Pfandbr.	97,80	97,80
3½% dto.	87,90	88,06
4% R.-W. Rentenbr	—	—
3½% dto.	88,25	88,20
4% dto. Bd.-Kr. Pfdbr. IX	96,50	96,40
3½% dto. IV.	88,60	88,00
Transport-Werte.		
Canada-Aktien	273,00	268,70
Hamb.-A. Packetf.	153,30	150,00
Hansa Dampfsch.	308,25	299,00
Nordd. Lloyd	120,90	116,90
Banken.		
Barmer Bankv.	118,00	118,00
Berg.-Märk. Bank	149,50	149,00
Berl. Handelsges.	166,30	163,60
Darmstädt. Bank	121,00	120,75
Deutsche Bank	249,75	247,00
Diskontogesellsch.	184,30	182,00
Dresdner Bank	152,50	151,50
Ess. Kreditanstalt	159,25	159,00
Märkische Bank	100,00	100,00
Nationalb. f. Dtsch.	121,80	121,00
Osnabrücker Bank	125,25	125,25
Rh.-Westf. Disc.	123,00	123,00
Schaaffh. Bankv.	118,25	117,50
Brauereien.		
Bochumer Victoria	105,00	105,00
Dortm. Aktien-Br.	357,50	357,50
„ Union-Br.	415,00	408,00
„ Victoria	115,25	115,25
Germania Dortm.	136,50	135,00
Glückaufbr. Gels.	126,00	126,00
Isenbeck Hamm.	96,10	96,00
Lindenbr. Unna	70,00	69,50
Löwenbr. Dortm.	170,00	170,00
Müser Langendr.	125,50	125,00
Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Verkehrsw.	204,25	200,00
Allg. Elektr.-Ges.	260,50	254,00
Anglo Cont. Guano	118,40	118,75
Ankerw. Hengst.	118,00	118,00
Aplerb. Bergbau	158,00	156,00
Aumetz Friede	186,40	181,00
Balcke Maschinen	240,00	235,50
Balcke, Teller & C.	112,50	110,00
Bergmann Elektr.	132,00	130,00
Biel. Masch. Dürk.	467,00	454,00
Bismarckhütte	144,50	143,25
Bochum. Gußstahl	232,00	223,00
Böhler	235,40	230,25
Bösperde Walzw.	93,00	90,00
Braunk u. Brik-Ind.	179,50	175,00
Buderus Eisenw.	115,00	112,50
Chem. Ind. Gelsen.	145,10	145,00
Cölner Bergwerk	490,00	480,00
Concord. Bergbau	318,00	310,50
Consolidation	360,25	350,00
D.-Lux. Bergw.	176,75	172,75
D. Uebers. Elektr.	160,50	159,40
Deutsch. Gasglühl	591,25	585,75
„ Erdöl	281,00	273,00
„ Waffen-M.	525,10	505,00
Donnersmarckhüt.	317,00	309,25
Düss. Eisen Draht	141,75	141,00
„ Eisenhütte	178,25	173,00
Dynamit Trust	175,75	172,25

	10. 10.	11. 10.
Elektr. Licht u. Kraft	133,50	131,90
Eschweiler Bergw.	161,00	158,00
„ Eisen	—	
Ess. Steinkohlen	173,50	169,00
Fac. Mannst. V.-A.	148,75	147,00
Felt. & Guill. Lahm.	150,00	—
Flöther Maschinen	245,00	239,00
Geisweider Eisen	210,00	213,00
Gelsenk. Bergw.	195,75	190,00
„ Gußstahl	87,10	85,00
Georgs-M. St.-Akt.	98,25	98,00
„ Vorz.-A.	114,50	114,00
Ges. f. elektr. Unt.	168,50	164,50
Hann. Masch. Egeft.	268,00	265,00
Hark. Brück. St.-A.	114,00	112,50
„ St.-Pr.	132,00	130,00
Harpener Bergbau	190,80	188,60
Hasper Eisen	176,00	172,75
Hedwigshütte	149,00	145,25
Herbrand Waggon	154,00	154,00
Höchst. Farbwerke	619,00	608,90
Hoesch Stahlwerke	324,50	313,00
Hohenlohe-Werke	180,75	179,00
Hotelbetr.-Ges.	170,50	166,00
Humboldt Masch.	122,00	121,00
Kön. Wilh. B. St.-A.	259,00	253,50
„ St.-Pr.	341,50	320,00
Königsborn Bergw.	255,00	250,00
Körting Gebr.	125,00	120,50
Küppersbusch	211,25	212,00
Lahmeyer & Co.	123,50	123,50
Laurahütte	171,60	167,00
Lüdensch. Metall	132,50	126,75
Magdeb. Bergw.	528,00	525,00
Mannesmannröhr.	212,50	210,00
Mark Portl.-Cem.	93,00	92,00
Märk.-Wstf. Bergw.	136,00	133,00
Maschinenf. Baum	132,00	131,50
Massener Bergw.	—	—
Mülheimer Bergw.	176,00	173,50
Nordd. Gummifabr	—	82,00
„ Wollkämmerei	147,00	146,25
Oberschl. Eis.-Bed.	98,30	95,00
„ Eisenindustr.	85,00	82,00
Orenstein & Koppel	208,50	205,00
Osnabr. Kupfer	73,00	73,50
Panzer	106,50	105,00
Phönix Bergwerk	273,60	267,00
Rheinfelden	150,50	150,50
Rhein. Braunkohl.	166,80	166,75
„ Metallw. St.-A.	—	—
„ Vorz.-Akt.	84,50	84,50
„ Stahlwerke	163,75	162,00
Rh.-W. Kalkwerke	167,00	165,10
„ Cem.-Industr.	129,25	129,00
„ Sprengstoff	225,00	223,25
Rombacher Hütte	173,40	169,75
Rote Erde, Eisen	—	—
Rütgerswerke	188,50	187,00
Schuckert Elektr.	152,75	149,70
Schulz-Knaudt	151,50	148,75
Sieg.-Sol. Gussst.	61,90	61,00
Siemens & Halske	230,00	224,00
Steaua Romana	143,25	138,50
Stett. Chamotte-A.	221,00	215,50
Stettiner Vulkan	181,10	184,00
Stolberger Zinkh.	135,00	130,25
Thale Eisen St.-P.	258,25	249,00
„ V.-A.	259,25	250,00
Leonh. Tietz	125,50	124,75
V. Berl.-Frf. Gum.	137,75	137,75
„ Cöln-Rottw. P.	320,60	313,50
„ Dtsch. Nickelw.	272,00	268,00
„ Zypen & Wissen	183,60	180,25
Wasserw. Gelsenk.	197,00	196,00
Westeregeln Alkali	216,50	213,00
Westfalia Cement	117,50	120,00
Westf. Drahtinduft.	161,00	159,00
„ Drahtwerke	133,00	132,00
„ Kupfer	110,00	110,00
„ Stahlwerke	55,00	55,00
Wick. Portl.-Cem	95,00	95,10
Wittener Glashütte	105,25	103,50
„ Gussstahl	195,75	190,00
„ Stahlröhren	208,00	201,00
Otaviminen	112,00	110,50
Deutsche Kali-Akt.	149,75	145,25
Nordhäuser	—	—

Nachbörse.

Oesterr. Kredit	192¼	189	Phönix	274⅜	267⅜
Russenbank	157	153	Rhein. Stahlwerke	163⅝	161¾
Russen 1902	88¼	87¼	Rombacher Hütte	173⅛	171
Türkenlose	160½	158½	Gelsenkirchener	196⅛	191
Schantungbahn	132	128½	Harpener	190⅛	187
Lombarden	19¾	18⅞	Hamb.-A. Packetf.	153⅛	150
Canada	272½	269	Hansa Dampfschiff	309	293
Baltimore	108⅝	107⅞	Nordd. Lloyd	121	118
Oriental. Eisenb.	154¼	151½	Allg. Elektr. Ges.	260⅜	253½
Warschau-Wiener	—	—	D. Uebers. Elektr.	161	159
Bochumer Gussst.	230⅞	226½	Siemens & Halske	230	222¼
Deutsch-Luxemb.	177⅛	172	Schuckert Elektr.	153¼	148½
Hohenlohe-Werke	180	177½	Ges. f. elekt. Untern	168⅝	162¾
Laurahütte	171⅝	166¾	South West Africa	141½	137

Tendenz: beruhigter.

Tendenzbericht.

* **Berlin**, 11. Okt. Während man gestern zum Schlusse der Börse die politische Situation etwas hoffnungsvoller zu betrachten geneigt war, und an den ausländischen Börsen die gleiche Anschauung in einer Befestigung zum Ausdruck gelangte, herrschte heute eine **recht pessimistische Auffassung** vor. Die Zeitungsmeldungen aus den Balkanstaaten und aus Konstantinopel ließen die Sache des Friedens wieder hoffnungslos erscheinen, und die Meldungen aus Oesterreich und Rußland wollten von besorgniserregenden Vorkehrungen für alle möglichen Eventualitäten wissen. Auch wurden Nachrichten über Kämpfe an der türkisch-bulgarischen und an der griechischen Grenze verbreitet. Montan- und Elektrowerte verloren bis 2 Proz., A. E. G.-Aktien etwas mehr. Bank-Aktien erlitten gleichfalls Einbußen, die sich zwischen 1 und 2 Proz. bewegten. Orientalische Bahnen und die von der Spekulation bevorzugten Bahnwerte, wie Canada und Schantungbahnen, wurden in gleicher Weise in Mitleidenschaft gezogen. Auch russische Anleihe von 1902 setzten mit einem 1,50proz. Kursrückgang ein. Türkenlose verloren 1 M. Auch 3proz. Reichsanleihe blieben nicht unverschont. Oesterreichische Werte stellten sich im Einklange mit Wien, wo Zwangsglattstellungen drückten, gleichfalls niedriger. Bald nach Beginn mehrte sich das Angebot, das auf Angstkäufe des Publikums und auf die Spekulation zurückgeführt wurde, und da bei der herrschenden Unsicherheit naturgemäß die Aufnahmefähigkeit sich als recht gering erwies, so senkte sich das Kursniveau auf allen Gebieten beträchtlich. Phönix-Aktien hatten in schnellem Abstieg einen Verlust von 5,75 Proz. aufzuweisen. Hansa büßten ziemlich 10 Proz. ein, Canada-Aktien verloren etwa 4,50 Proz. gegen gestern. Russische Bank waren um 3 und 4 Proz. gedrückt, auch russische Anleihe von 1902 setzten die Abwärtsbewegung fort. Eine besondere Erregung war aber an der Börse nicht zu bemerken. Tägl. Geld ca. 3 Proz.

Die Abwärtsbewegung machte widerstandslos bis zum Schluß des offiziellen Verkehrs auch bei kleinem Angebot weiter erhebliche Fortschritte. Eine besondere Erregung trat dabei nicht hervor. Phönix büßten gegen gestern etwa 8 Proz., Hansa 16 Proz. und A. E. G.-Aktien 7 Proz., Canada 6, Deutsche Bank 4, Siemens u. Halske 5,50, Asow-Don 5 Proz. und Türkenlose 4 Mark ein.

Im Kassaverkehr waren nachstehende Rentenrückgänge zu verzeichnen: bulgarische 1, Serben 2, Griechen 2¼, rumänische ½, türkische unifizierte Anleihe 2½, österreichische 0,80, ungarische 1,20, türkische Lose 2,60% niedriger.

Die Nachbörse war widerstandsfähiger und eine Kleinigkeit besser auf Interventionskäufe der Banken. Der Kassamarkt der Industriepapiere war teilweise deroutiert; Daimler 28¾, Kappel Maschinen 45¾, Akkumulatoren 15, Lincke u. Hoffmann 13, Consolidation 10¼, Stöwer Maschinen 11¾, Berger Tiefbau 10, Bielefelder Maschinen 13, Kirchner 12, Hösch 11¼, Thale 9¼, Höchster Farbwerk 10, Sächs. Gußstahl Döhlen 14, Hilgers 11¾, König Wilhelm St. Pr. 21, Russ.-ägypt. 18½, Adler Fahrrad 24, Kronprinz Unkell 20, Deutsche Waffen 20, Kölner Bergwerk 10, Vogtl. Maschinen 7½, Dürener Metall 7½, Gebhardt u. König 12% niedriger.

Eigene Drahtberichte des ‚Westf. Merkur'.

Getreide.

* **Berlin**, 11. Okt. Produktenbörse. Weizen Okt. (213¼) 213¼, Dez. (213½) 213½, Mai (216¼) 217¼, Juli (—) —. Roggen Okt. (178½) 180¼, Dez. (178½) 181, Mai (180½) 183, Juli (—) —. Hafer Okt. (—) —, Dez. (181¾) 182½, Mai (182½) 182½. Mais amer. Okt. (—) —, Dez. (—) —, Mai (—) —. Mehl 26,50—29,00. Roggenmehl 22,10 bis 24,30.

Stimmungsbericht. Die pessimistisch lautenden Meldungen vom Balkan veranlaßten am Getreidemarkte dringenden Dekkungsbegehr, der später für Roggen in sehr erheblichen Preissteigerungen zum Ausdruck kam. Gegen gestern gewann Roggen bis 3,50 M, während Weizen nur Preisavancen bis 1 M erzielen konnte, wozu der matte Verlauf der gestrigen amerikanischen Börsen mit beitrug. Hafer war wenig beachtet. Mais und Rüböl lagen träge, das Wetter ist bedeckt.

* **Paris**, 11. Okt. Wetter schön.

	Anfang 11.	Schluß 10.		Anfang 11.	Schluß 10.
Hafer	stetig	fest	Weizen	stetig	fest
Okt.	21.35	21.45	Okt.	27.85	27.85
Nov.	21.20	21.10	Nov.	27.45	27.60
Nov.-Febr.	21.10	21.10	Nov.-Febr.	27.35	27.35
Jan.	21.25	21.35	Jan.	27.20	27.25
Roggen	ruhig	ruhig	Mehl	stetig	fest
Okt.	21.75	21.75	Okt.	37.60	37.60
Nov.	21.30	21.30	Nov.	36.70	36.90
Nov.-Febr.	21.25	21.25	Nov.-Febr.	36.05	36.10
Jan.	20.95	20.95	Jan.	35.70	35.80

* **Hamburg**, 11. Okt. Produktenbörse. Gerste, südruss., cif Okt. 139½, fest, schwimmend 145—000, Dez 140—000, str.

* **Liverpool**, 11. Okt. Roter Winterw. Dez. (7/8¼) 7/8¼, März (7/6¼) 7/6¾, stetig. Mais La Plata Nov. (5/2) 5/2½, Dez. (5/2) 5/2½, stetig.

Zucker.

* **Hamburg**, 11. Okt., nachm. 3 Uhr. (Mittelbericht.) Rübenrohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg. Okt. (9,80) 9,67½, Nov. (9,77½) 9,62½, Dez. (9,82½) 9,67½, Jan.-März (9,95) 9,82½, Mai (10,15) 10,02½, Aug. (10,32½) 10,22½. Alles die 50kg. flau.

* **Magdeburg**, 11. Okt. Kornzucker 88% ohne Sack 9,30-10,40. Nachprodukte 75% ohne Sack 7,65-7,80. Stimmung ruhiger. Brodraffinade 1. ohne Fass 00,00-00,00. Krystallzucker 1. m. Sack 00,00-00,00. Gem. Raffinade mit Sack 9,50-9,50. Gem. Melis mit Sack 9,00-9,00. Stimmung ruhig. Bei Abnahme von mindestens 200 Zentnern alles netto Zentner. Rohzucker 1. Produkt Transito frei an Bord Hamburg. Okt. 9,72½ Gd., 9,97½ Brf., Dez. 9,70 Gd., 9,75 Brf., Jan.-März 9,75 Gd., 9,80 Brf., Mai 9,87½ Gd., 9,92½ Brf., Aug. 10,07½ Gd., 10,10 Brf., Okt.-Dez. 10,27½ Gd., 10,30 Brf. Alles die 50 kg. ruhig.

Wochenumsatz 384 000 Zentner.

Kaffee.

* **Hamburg**, 11. Okt., nachm. 3 Uhr. (Mittelbericht.) Good average Santos Okt. (71½) 71¾, Dez. (71¾) 72, März (71¼) 72, Mai (71¾) 72. fest.

* **Havre**, 11. Okt., nachm. 3 Uhr 30 Min. Kaffee good average Santos. Sept. 89, Dez. 87½, März 87¼, Mai 87¼. stetig.

Baumwolle.

* **Bremen**, 11. Okt. Baumwolle. Upland middl. loco (61) 62½. ruhig.

* **Liverpool**, 11. Okt., mittags 12 Uhr 45 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export — Ballen. Tendenz für Amerikaner loco: willig. Preis: 6,30. Amerikanische Good ordinary Lieferungen —, stetig. Okt. (6,04) 6,08, Okt.-Nov. (6,00) 6,05, Nov.-Dez. (5,94) 5,99, Dez.-Jan. (5,94) 5,99, Jan.-Febr. (5,96) 6,00, Febr.-März (5,97) 6,02, März-April (5,99) 6,03, April-Mai (6,00) 6,05, Mai-Juni (6,01) 6,06, Juni-Juli (6,01) 6,06.

Oele und Spiritus.

* **Berlin**, 11. Okt. Rüböl. Okt. (—,—) —,—, Dez. (68,00) 68,10, Mai (—,—) —,—.

* **Paris**, 11. Okt. Wetter schön.

	Anfang 11.	Schluß 10.		Anfang 11.	Schluß 10.
Rüböl	willig	ruhig	Spiritus	stetig	stetig
Okt.	73.50	73.75	Jan.-April	49.75	48.50
Nov.	73.75	74.—	Mai-Aug.	50.—	50.—
Jan.-April	73.50	73.50	Leinöl	flau	ruhig
März-Juni	71.75	72.—	Okt.	77.—	77.50
Spiritus	stetig	stetig	Nov.	75.50	76.50
Okt.	48.50	48.25	Jan.-April	71.25	72.50
Nov.	47.75	47.75	März-Juni	70.—	70.75

Amerikanische Warenkurse.

* **New York**, 11. Okt. Baumwolle. Okt. (10,51) 10,45, Dez. (10,79) 10,76, Jan. (10,77) 10,75, März (10,93) 10,91. stetig.

* **Chicago**, 11. Okt. Weizen. Dez. (92¼) 92⅞, Mai (96⅞) 97. fest. Mais. Dez. (53¼) 53½. fest. Hafer. Dez. (32½) 32⅝.

* Chicago, 11. Okt. Schmalz. Jan. (11,05) 11,07. Pork. Jan. (19,40) 19,45.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor Warnecke, für den Anzeigen- und Reklameteil: Nicola Joeges, beide in Münster.

GEGEN DIE ÜBLEN FOLGEN 2386
SITZENDER LEBENSWEISE
nehmen Sie zeitweise morgens ein Glas voll
Hunyadi János
(Saxlehner's natürl. Bitterwasser).

Bekanntmachung.

Diejenigen Einwohner der Stadt Münster, welche sich für das Jahr 1913 einen Wandergewerbeschein ausfertigen lassen wollen, werden hierdurch aufgefordert, eine **ausfolgegegene Photographie in Visitenkartenformat** beizubringen. (Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 4. März 1912. Reichsgesetzblatt Seite 189).

Mit dem Antrag auf Ausstellung eines gemeinschaftlichen Wandergewerbescheines ist die Photographie des Unternehmers, wenn ein solcher nicht vorhanden ist, die eines Mitgliedes einzureichen.

Die Photographie muß ähnlich und gut erkennbar sein, **eine Kopfgröße von mindestens 1,5 Zentimeter** haben und darf in der Regel nicht älter als 5 Jahre sein.

Hierdurch wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Personen, welche vor Beginn des Jahres 1913 in den Besitz des Wandergewerbescheines gelangen wollen, die Erteilung desselben im **Oktober** nachsuchen müssen. Bestimmungen auf Wandergewerbescheine zu Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten, bei welchen ein höheres Interesse der Kunst oder der Wissenschaft nicht obwaltet (§ 55 Ziffer 4 Reichsgewerbe-Ordnung) haben bei Strafe auch dann eine Nichtberücksichtigung ihrer Anträge zu gewärtigen, wenn sie bisher im jährlichen Besitz von Wandergewerbescheinen waren.

Die Anträge werden **im städtischen Verwaltungsgebäude Zimmer Nr. 105** entgegengenommen.

Münster i. W., den 30. September 1912.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Zur Verhütung von Unglücksfällen im Straßenbahnbetriebe machen wir hierdurch erneut darauf aufmerksam, daß das Auf- und Abspringen während der Fahrt, das eigenmächtige Oeffnen der Plattformverschlüsse, das Sicherstellen auf den Trittbrettern, das Sitzen auf den Plattformbrüstungen, das Hinausstehen des Körpers aus dem Wagen, sowie das Aufbringen auf einen vom Schaffner als „besetzt" bezeichneten Wagen verboten ist. Auf den Plattformen (Aussenperrons) der Wagen dürfen auf der vorderen nicht mehr als 4, auf der hinteren nicht mehr als 6 Personen Platz nehmen. Beim Schließen der Sicherungsgitter haben innerhalb des Fußtrittes befindliche Fußgänger, Reiter, Radfahrer und die Führer von Wagen und Vieh das Fußtrittes sofort freizugeben. Reiter, Radfahrer, Fuhrwerke und Viehtransporte haben außerhalb der Straßenbahnwagen stets soweit Raum zu geben, daß weder Insassen in der Fahrt, noch die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen gefährdet oder belästigt werden. Die Annäherung von Fuhrwerken, Reitern, Radfahrern, Viehtransporten u. s. w. an die Straßenbahnzüge von der Seite (aus Seitenstraßen, Grundstücken, Höfen u. s. w.) hat mit Vorsicht zu erfolgen, daß weder die Straßenbahnwagen in der Fahrt, noch die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen gefährdet werden. Fuhrwerke oder Vieh ohne Aufsicht in dem Gleise oder unmittelbar neben demselben stehen zu lassen, ist untersagt. Aufsichtslos befindliches Fuhrwerk und Vieh, sowie sonstige Gegenstände, welche die Gleise versperren, können von den Straßenbahnbeamten ohne weiteres entfernt werden. Kinder ohne Aufsicht auf den Gleisen oder in deren unmittelbaren Nähe haben sie zu verhindern.

An die Eltern und Lehrer richten wir wiederholt das dringende Ersuchen, die Kinder vor unvorsichtigem Betreten der Bahngleise eindringlich zu warnen. Das Publikum wird ersucht, durch Vermeidung unnötigen Aufenthaltes an den Haltestellen, beim Ein- und Aussteigen zur glatten Abwicklung des Betriebes der Bahn beizutragen.

Ferner ersuchen wir behufs leichterer Abwickelung des Verkehrs auf den Straßen, namentlich aber auf den verkehrsreichen Straßen bringend die folgenden Grundsätze zu beachten.

1) Der Straßenbahnwagen ist in erster Linie für den Fußgängerverkehr bestimmt, deshalb vermeide der Fußgänger jedes überflüssige Verweilen auf demselben, überschreite ihn nur auf dem kürzesten Wege d. h. senkrecht zur Straße und nicht in der Diagonale und auch in belebten Straßen nicht an jeder beliebigen Stelle, sondern nur an einer Straßenkreuzung.
2) Jeder Wagenführer soll für sein Gefährt nicht mehr Raum von dem Straßenbahnwagen in Anspruch nehmen, als er nachweislich gebraucht. Hierzu gehört, daß er stets rechts fährt und beim Einbiegen in eine linke Seitenstraße die Ecke ausfährt, d. h. die Ecke nicht in der Diagonale, sondern in voll ausgeschlagenem Bogen nimmt. Kein Pferdeführer darf mit lose hängenden Zügel fahren, weil er sonst in belebten Straßen das Pferd nicht rechtzeitig zu lenken vermag.
3) Die Kraftfahrzeuge müssen namentlich in den belebten Straßen in gemäßigtem Tempo fahren. Ganz besonders ist ein langsames und vorsichtiges Fahren beim Kreuzen von Straßen und beim Umbiegen um Ecken erforderlich.

Münster, den 2. Oktober 1912.

Die Polizei-Verwaltung.



Eduard Kettner, Köln a. Rhein,
Cöln-Sulzer mechanische Gewehrfabrik,
offeriert
erstklassige Jagdgewehre u. sonstige Jagdartikel
und versendet folgende Preislisten gratis und franko:

Zur Zeit u. billig. Bezug als Hobby.

Preisliste Nr. 1 über **Jagdgewehre aller Art**, als: **Doppelflinten-Büchsflinten, Bockbüchsflinten, Dreiläufgewehre, Doppelbüchsen, Repetier- u. Einzellader-Büchsen, Ziel-Fernrohre, automatische Selbstlade, Gewehre für Schrot- und Kugelschuß-Scheibenbüchsen,**
Preisliste Nr. 2 über **Teschings, Revolver, automat. Pistolen, Gartengewehre,**
„ „ 3 „ **Jagdbedarfsartikel aller Art,**
„ „ 4 „ **Jagdbekleidungsstücke aller Art,**
„ „ 5 „ **Jagdmunition aller Art,**
„ „ 10 „ **Hundedressur-Apparate und sonstige Artikel für Hunde.**

Ueber die Schußleistung der Schrotflinte wird eine Schußskizze mitgeliefert, über Kugelbüchse die Original-Reichsscheibe. Auf Wunsch wird die Schußleistung bei der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen in Berlin-Halensee festgestellt. 2407

Auswahlsendung ohne Kaufzwang.

Vertreter Italien: **F. Tettoni, Brescia.** Rußland: **G. MacKnight, Moskau, Heinrich Troester, Moskau u. Don, Alexander J. Terp,** Omsk (West-Sibirien). Frankreich: **E. Fougère,** Lunéville. Dänemark: **K. D. Mikkelsen & Co.,** Kolding. Großbritannien: **Pulvermann & Co.,** London.

Stattliches Lager meiner Gewehr-Fabrikate unterhalten viele empfehlenswerte Büchsenmacher und Waffenhändler in Italien, Rußland, Frankreich, England und Dänemark.

Warnung!

Wie uns bekannt geworden, werden in verschiedenen Detailgeschäften Münster's, wenn das Publikum **„Kaiseroel"** fordert, andere Petroleum-Sorten unter dem gesetzlich für uns geschützten Namen **„Kaiseroel"** verabfolgt.

Wir warnen deshalb hiermit ausdrücklich vor jeder mißbräuchlichen Benutzung des Wortes **„Kaiseroel"**, indem wir darauf aufmerksam machen, dass wir gegen jede derartige Verletzung unserer Rechte gerichtlich vorgehen werden.

Petroleum-Raffinerie
vorm. **August Korff,**
Bremen.
7210

Ein neuer Weg zur Gesundheit

ist das Radfahren. Informieren Sie sich daher über Mittel und Wege das gutepreiswerte Fahrrad Sturmvogel zu erlangen. Federleichte Aluminiumfelgen, alle Zubehörteile, Taschenlampen, Feuerzeuge, Rasierapparate, Nähmaschinen aller Systeme. Verlangen Sie den neuen Jahreskatalog. Vertreter werd. angestellt.

Deutsche Fahrradwerke Sturmvogel
Gebr. Grüttner, Berlin-Halensee 141. 7218





Moderne Bekleidung für Herren, Jünglinge u. Knaben

Prima Stoffe in modernen Farben -- Beste u. eleganteste Verarbeitung -- Feinste Ausstattung.
Sämtliche Grössen in grösster Auswahl. ----- Streng feste, sehr billige Preise.

Anzüge

Meine Auswahl in modernen ein- und zweireihigen Formen ist die grösste. Der Schnitt und Sitz meiner Kleidungsstücke ist ein ausprobiert guter und eleganter

Preise: **10, 15, 20, 25, 30** bis zu **65** Mk.

Für Jünglinge von 8 bis zu 45 Mk.
Für Knaben von 3 bis zu 25 Mk.

Anzüge

für Jagd und Sport in ganz solider Verarbeitung und bester Ausführung. Dauerhafte Stoffe in moderner Ausmusterung

Preise: **12, 15, 20** bis zu **45** Mk.

Für Jünglinge von 8 bis zu 35 Mk.
Für Knaben von 6 bis zu 20 Mk.

Gesellschafts-Anzüge · Gehrock · Rock · Jacket · Smoking ·

In schwarzen Kammgarn- und Dreipe-Stoffen, sowie in schwarzen und marengofarbigen Cheviots und Meltons

Preise: **35, 40, 45, 50** bis zu 65 Mk.



Ulsters

Gross ist die zweireihige Ulster-Mode, ich halte alle Qualitäten, alle Formen, alle mod. Farben, in grösster Auswahl am Lager

Preise: **15, 20, 25, 30** bis zu **75** Mk.

Für Jünglinge von 10 bis zu 55 Mk.
Für Knaben von 8 bis zu 25 Mk.

Paletots

In ein- und zweireihigen modernen Formen, apparte Stoffneuheiten in feinster Ausstattung

Preise: **10, 15, 20, 25** bis zu **70** Mk.

Paletots auf Seide von 55 Mk. an.
Für Jünglinge von 8 bis zu 45 Mk.
Für Knaben von 5 bis zu 25 Mk.

Bozener Wetter-Mäntel und Pelerinen

Imprägnierte, wetterfeste Stoffe in allen modernen Farben

Preise: **8, 12, 15, 20** bis zu **35** Mk.

Für Jünglinge von 6 bis zu 25 Mk.
Für Knaben von 3.50 bis zu 15 Mk.

Loden-Joppen u. Hosen

aus guten und besten imprägnierten wetterfesten Lodenstoffen, sowie aus deutschen und englischen Cheviots und Homespuns. -- Alle in Betracht kommenden neuen Fassons sind in grösster Auswahl am Lager, zu sehr niedrigen Preisen.

Preise: Mk. **5.— 6.— 7.50 9.— 10.— 12.— 15.— 18.— 20.— 22.—** bis zu Mk. **32.—**

HOSEN

Prima Stoffe -- Beste Verarbeitung -- Feinste Ausstattung -- Ausprobiert guter Schnitt -- Billige Preise.

In 50 Grössen **über 5000 Stück** fertig am Lager.

Strapazier-Hosen aus soliden Buckskin- und Cheviot-Stoffen
1.75 2.25 3.- 5.- 7.- bis zu 12.- Mk.

Kammgarn-Hosen aus deutschen und englischen Qualitäten
7.— 8.— 10.— 12.— bis zu 20 Mk.

Gehrock-Hosen ganz moderne Streifen-Musterung
12.— 15.— 18.— bis zu 25.— Mk.

Leibchen-Hosen in Buckskin- und Cheviot-Stoffen
von 0.95 Mk. bis zu 7.— Mk.

E. Feldmeyer-Zapp

Münster
Salz- u. Kloster-strassen-Ecke.



Reparaturen
von landwirtschaftlichen Maschinen und Lokomobilen
werden prompt und billig ausgeführt. 2295
Eisenwerk Willich, A.-G., Hoerde-Dortmund,
Fabrik für Dampfkessel - Eisenkonstr. - Feldbahnen.

Landwirtschaftliche Winterschule
zu **Billerbeck i. W.**, Kreis Coesfeld.
Das Winterhalbjahr beginnt **Dienstag, den 5. November 1912.** Anmeldungen der Schüler nimmt der Unterzeichnete entgegen und erteilt bereitwilligst nähere Auskunft über die Anstalt.
6657
Der Dirigent:
Brinkmann, Propst.

2. Spiegelthurm 2.

Joh. Aloys Bruun,
Emailleur u. Goldschmied, Münster i. W.,
empfiehlt einer **hochwürdigen Geistlichkeit** seine in eigener Werkstatt **auf freier Hand** gefertigten (7)
Kirchen-Geräte und Gefäße.

2. Spiegelthurm 2.

Eine hygienisch vollkommene, in Anlage u. Betrieb billige
Heizung für das Einfamilienhaus
ist die Frischluft-Ventilations-Heizung. In jedes auch alte Haus leicht einzubauen. Prospekte gratis und franko durch
Schwarzkopff, Spiecker & Co. Nachf., G. m. b. H., Frankfurt a. M.



Lahusen's
Jod-Eisen-Lebertran
Marke **„Jodella"**
ist und bleibt der beste, wirksamste und beliebteste Lebertran. Allen anderen Konkurrenzpräparaten und Emulsionen vorzuziehen. Preis Mk. 2.30 und 4.60. Verlangen Sie ausdrücklich Marke **„Jodella"** und weisen Sie Nachahmungen zurück. Alleiniger Fabrikant: Apotheker **WILH. LAHUSEN** in **BREMEN.** Immer frisch zu haben in allen **Apotheken** in **Münster** und **Umgebung.**

Breslau 3, Freiburgerstrasse 42
Dr. J. Wolff's Vorbereitungsanstalt
gegründet 1903, für die
Einjährig-Freiwilligen-, Fähnrichs-, Seekadetten-, Primaner- und **Abiturienten-Prüfung,** sowie zum Eintritt in die **Sekunda** einer höheren Lehranstalt. **Streng geregeltes Pensionat.** Halbjährl. Gymnasial- u. Realgymnasial- bzw. Oberrealschul-Kurse von Quarta bis Oberprima. Bisher bestanden **587** Prüflinge, nämlich **74 Abiturienten** darunter **10 Damen,** 1 Steuersupernumerar, **30** für **O I, 77** für **U I, 85** für **O II, 18** die **Extraneer-Schlußprüfung** eines Progymnasiums, Realprogymn. od. e. Realschule, **79 Einjährige, 158** für **U II,** 49 für **O III,** 10 für **U III,** 5 für **I V** u. 1 Fähnr. Seit 1911 auch **besondere Damenkurse** für die **Primaner-** und **Abiturientenprüfung.**
1912 bestanden bisher **80** Prüfl., darunter **18 Abiturienten,** (unter ihnen **8** Damen), **10** Primaner, **13** Obersekundaner, **11** Untersekundaner und **22** Einjährige. 7245
Prospekt. **Telephon Nr. 11687.**